

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

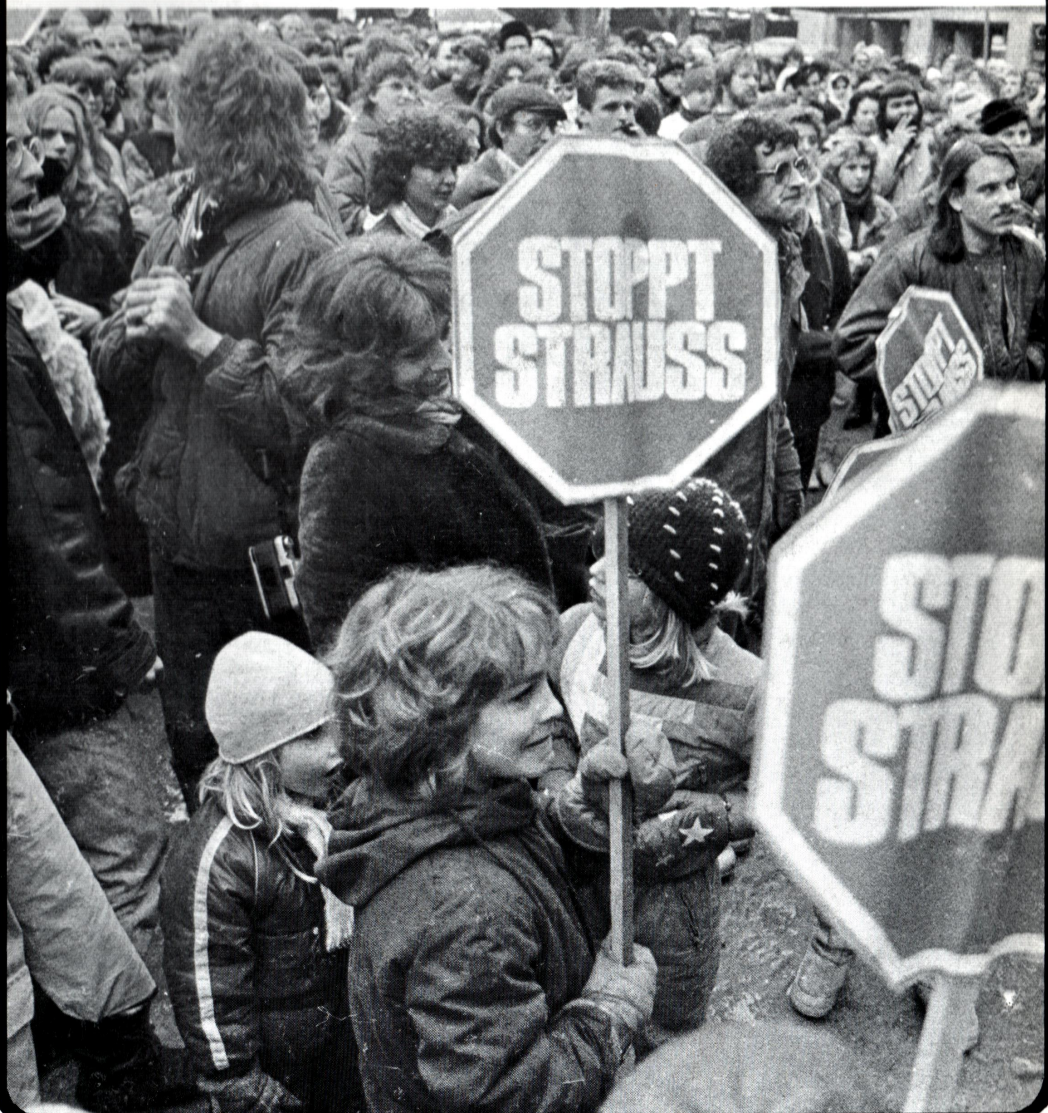
(1987)
Nr. 64

2,—

RUB Bochum

Justiz, Literatur,
Kunst, Politik

520 1747



Inhaltsverzeichnis:

Strauß hat verloren.....	Seite 3
Demonstration gegen Strauß.....	Seite 4
Wir klagen an.....	Seite 5
Die Gesetze der Bonner Minderheit.....	Seite 6
Strauß will die Bombe.....	Seite 7
Die neuen "Anti-Terrorismus" -Gesetze.....	Seite 9
Bayern vorn?.....	Seite 12
Wer verkauft den Saudis den Leopard?.....	Seite 15
Schwarze Bombe, weiße Weste.....	Seite 18
Parlament = CSU?.....	Seite 19
Strauß in Aktion.....	Seite 20
"Olle Icke erzählt".....	Seite 30
Antifaschisten in Aktion.....	Seite 32

CSU-Mitglied sucht
 41/4-3 Zimmer-Altbauwohnung mit Balk.
 im Süden bis Westen von München, ruhige Lage, bis ca. 700,- DM incl. ☎ 7609148

Zitat

„Der Mensch denkt, und Gott lenkt, und Franz Josef entscheidet“ (CSU-Generalsekretär Gerold Tandler zur Frage einer Regierungsumbildung und der Nachfolge von Franz Josef Strauß als bayrischem Ministerpräsident).

Vor Gebrauch schützen

Das Grundrecht auf Asyl stirbt paragraphenweise.

Es ist wie mit der Würde des Menschen, die unantastbar ist, bis auf die Millionen Normalfälle, wo das Nähere bereits ein Gesetz geregelt hat.

Das Grundrecht ist der Gute Vorsatz - und wird gleich diesem behandelt; juristisch pfiffig auf seinen weichen Kern beschränkt - wenn man es nicht gleich abschaffen will; während man den mangelnden Zustrom von Wolgadeutschen und „Dissidenten“ beklagt.

Ein Grundrecht ist wie Quecksilber, das ungestört schön erglänzt, jedoch zerperlt, wenn man es greifen will.

Mit den Grundrechten ist es wie mit den schönsten Fata Morganas: aus der Entfernung ganz gut anzuschauen, beim Benutzungsversuch aber ergeben sich gewisse Schwierigkeiten.

Es ist wie mit den Idealen allgemein, von denen man in der Schule hört: sie seien zwangsläufig unerreichbar, denn wenn man sie erreichen würde, wären sie ja keine mehr, so sensibel sind die Ideale. Mit den christlichen Idealen - Barmherziger Samariter - verhält es sich bei christlichen Parteien ebenso.

Wenn dem Ideal zu nahe getreten wird, es benutzt werden soll, muß man es

korrigieren, da steht der unantastbare Grundrechtskatalog rasch zur Disposition; ansonsten reichen juristische Stacheldrahtverhaue ums Ideal und die ganze BRD; damit nicht allzuvielen an ihre Pforten pochen und das Wort ASYL stammeln, wie der christlich soziale Strauß herzhafte formulierte, wird der Zutritt zu den Pforten verammelt.

Und im Lande werden die Asylbewerber in Lagern konzentriert, ihnen die Flausen ausgetrieben, sie so behandelt, daß sie bei der Wahl zwischen Not in der Fremde und Tod in der Heimat diesen jener vorziehen mögen (wobei die Verursacher häufig identisch sind).

Verabschiedet, beschlossen, praktiziert sind:

Visumzwang für die Einreise aus den meisten Ländern;
 eingeschränkte Visaerteilung, nur nach Hinterlegung hoher Kautionen;
 politisch Verfolgte müssen bereits im Heimatland nachweisen, daß ihnen physische Existenzvernichtung droht;

Bußgeld und Drohung mit Entzug der Landerlaubnis bei Beförderung von Flüchtlingen ohne Einreisegenehmigung;

Zurückweisung, wenn der Flüchtling auf der Flucht länger als drei Monate Unterschlupf in einem anderen Land fand;

Abschiebung auch in Kriegs- und Kriessengebiete;

„Nachfluchtgründe“, entstanden durch die Flucht oder Betätigung hier, werden nicht mehr anerkannt; Fünfjähriges Arbeitsverbot;

Kürzung der Sozialhilfe auf das Niveau der „Dritten Welt“;

Entmündigung durch „Sachleistungsprinzip“;

eingeschränkte Bewegungsfreiheit; Zwangsunterbringung in Sammellagern;

Einstellung der deutschen Sprachkurse;

Zwangsarbeit für 1 - 2 Mark die Stunde;

Und sobald kein Bewerber mehr das Wort Asyl stammeln kann oder will, es durch Abschreckung sauber gehalten wurde, wird das unbenutzte Grundrecht auf Asyl wieder wie neu in Strahlenpracht erglänzen.

Heinz Jacobi

Strauß hat verloren

Die CSU hat die größte Niederlage seit ihrem Bestehen einstecken müssen! Im Vergleich zu 1983 fehlen ihr 425.205 (= 10,3 %) Wähler. Bei der bisher größten Abfuhr 1980 verlor sie 119.040 Zweitstimmen, d. h. die Verluste in diesem Jahr sind mehr als dreieinhalb (!) mal so hoch. Nicht einmal 45 % der bayerischen Stimmberechtigten gaben ihr die Stimme - ebenfalls ein Minusrekord. Ein Schlag ins Gesicht für die „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“, die, wie eine verwundete Bestie, sofort in die Offensive geht. Strauß: „In Kobl habe die Union keine Integrationsfigur, deren Charisma bis in die rechten Randbereiche abstrahlte.“ (Spiegel 6/87). Ohne die CSU wäre die CDU noch viel mehr eingebrochen und würde mit der Zeit auf unter 40 % absacken.

Der CDU-Rechtsaußen und frisch gebackene Bundestagsabgeordnete Lummer „droht mit bundesweiter CSU“ (Taz 28. 1. 87), und der rechte Vordenker und Strauß-Intimus G. Rohrmoser drückt es so aus: „Das Vernünftigste wäre, wenn die CSU die Chance bekäme, in vernünftiger Absprache mit der CDU dieses Rechtspotential - ein neues nationales und konservatives - zu integrieren. Denn Strauß hat im Unterschied zu Willy Brandt das rechte Potential bisher erfolgreich in die Demokratie integriert“ (ebda).

Dagegen „profilierter sich Blüm als entschiedener Gegner jeglicher Rechtstendenzen“ (Spiegel 6/87), und Geißler meint, „die CDU könne nur überleben, wenn sie künftig weiche und grüne Themen betone und weniger laut über Waffenexporte und neue Raketen rasoniere“ (ebda). Gleichzeitig ereifert sich Stoiber im Bayernkurier:

„... prügelt Geißler mit einer Maßlosigkeit ... auf die Schwesterpartei CSU ein.“ Er habe sich „an die Spitze jener gesetzt, die in grober Verfälschung der politischen Wirklichkeit ... die CSU und ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß für das schlechte Abschneiden der CDU verantwortlich machen wollen.“ Oder: „Dreister geht es kaum mehr!“ (Alle Zitate aus Bayernkurier 5/87). - Es brodelt also im rechten Lager! Die reaktionär-faschistische Sammlungsbewegung arbeitet kräftig daran, sich, rechts von der CDU, bundesweit zu formieren.

Neben dem schlechtesten Ergebnis der CDU/CSU ist noch die schlechteste Wahlbeteiligung (84,3 %) seit 1949 auffallend. Die höchste Wahlbeteiligung bisher gab es bei der Brandt-Wahl 1972 (91,1%), wo die SPD ihr bestes Ergebnis nach dem Krieg erreichte und damit das einzige Mal die CDU/CSU (44,9 %) überrundete. Ursache für das hohe SPD-Ergebnis (45,8%) war der Druck der Straße, die 68er Bewegung,

die unübersehbar auch auf die Arbeiterklasse abstrahlte, sowie der Kampf der Bevölkerung für die „Ostverträge“, gegen die revanchistische Haltung der CDU und besonders der CSU. Der DGB stand kurz vor dem Streik, Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, für mehr Demokratie usw. waren Tagesordnung und brachten dem damaligen Hoffnungsträger vieler Linken, Willy Brandt („mehr Demokratie wagen!“), die Stimmen. Heute kann man den selben Effekt sehr gut an einem einzelnen Wahlkreis beobachten, nämlich an Schwandorf:

Obwohl - wegen der WAA - ein vermeintlich grünes Reservoir, konnten diese im Unterschied zu vergleichbaren ländlichen Regionen nur sehr bescheiden zulegen: 1,7 % bei der Bundestagswahl und nur 0,5 % bei den Landtagswahlen 1986. Die SPD dagegen mit ihrem Exponenten Schuierer gewann 6,7 % (Bundestagswahl bzw. 10,1 % (Landtagswahl) und kam auf 32,7 % (Bundestagswahl) bzw. 50,9 % (Landtagswahl) der abgegebenen Stimmen. Die CSU verlor 11,1 % bzw. 14,3 %.

Doch kommen wir noch einmal zurück zur Wahl 1972 und vergleichen die Verteilung der politischen Blöcke damals mit heute, dann ergibt sich folgendes Bild:

	SPD/Grüne	FDP	CDU/CSU
1972	45,8 %	8,4 %	44,9 %
1987	45,3 %	9,1 %	44,3 %

Die Zahlen sprechen für sich! Im Vergleich ist das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Lagern nahezu identisch, ganz im Gegensatz zu den politischen Realitäten damals und heute. Das sagt natürlich einiges über den Stellenwert des vierjährigen Kreuzerl-Malens aus (darauf jedoch hier näher einzugehen, würden den Rahmen sprengen), aber auch einiges über die Rolle der FDP.

Wurde sie 1972 in die Koalition mit der SPD geschickt, um zusammen mit dieser die Protestbewegung aufzufangen, aber auch, um Notstandsgesetze, Berufsverbote etc. durchzusetzen, so braucht das Kapital heute die FDP, um die rechte Kohl-Regierung zu sichern. Gleichzeitig zeigen uns aber die 9,1 % für die FDP auch, daß es im bürgerlichen Lager noch Widerspruch zur offenen rechtsradikalen Politik von Strauß gibt, waren diese 9,1 % doch zum hohen Teil Stimmen gegen Strauß (1980, Strauß war Kandidat, waren es sogar 10,6 %).



Der starke Mann war einmal schwach. Sein Suff jedoch ersetzt nicht euern Kampf. Er sinnt auf Rache. Macht ihm Dampf!

Doch die Gefahr ‚Strauß‘ läßt sich natürlich nicht durch die FDP, auch nicht durch Wahlen und schon gar nicht durch eine weitere Kohl-Regierung stoppen! Das müssen wir selber in die Hand nehmen: Die Menschen aufklären, um jedes noch so geringe Recht kämpfen und vor allem den Druck der Straße zu vergrößern, das ist die einzige Sprache, die diese Herren verstehen! Strauß selbst ragt, er wäre 1980 Kanzler geworden, wenn es keine Anti-Strauß-Bewegung gegeben hätte! Das sollten wir bedenken, wenn wir sehen, was uns die CSU für die kommende Zeit angekündigt hat:

1. Änderung des Grundgesetzes. Ist ein Grundrecht (Recht auf Asyl)

erst mal gefallen, tut man sich mit weiteren nicht mehr schwer!

2. „Anti-Terrorismus-Gesetze“:

- der Kronzeuge kommt (Strauß kündigt an: „Wenn das nächste Opfer von Maschinengewehr kugeln zersiebt daliegt ...“ und vergißt zu sagen, wer schießt).
- Vermummung wird zur Straftat, bisher Ordnungswidrigkeit)
- Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagrafen
- Vorbeugehaft für Täter mit Wiederholungsgefahr
- Verlängerung des Polizeigewahrsams im bayerischen Polizeiaufg-

bengesetz

3. Freiheit der Kunst: Bestraft werden soll, wer „öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses beschimpft“.

Diesen Vorhaben widersetzen wir uns; und wenn die Demokraten einig sind, können sie erfolgreich sein.

Wir fordern Euch auf - wo auch immer -, Euch in den Kampf gegen die Reaktion einzureihen! Wenn die reaktionär-faschistische Sammlungsbewegung anfängt, sich bundesweit zu formieren, heißt das Alarmstufe Eins für alle Demokraten in diesem Land!



Am Tag vor der Bundestagswahl gegen Strauß Demonstration am 24.1.87

Angeklagt: Strauß und seine Staatspartei CSU

Der Marienplatz, Herz der Stadt, Vorgarten des Münchner Einzelhandels, beliebte Kulisse für Strauß-Auftritte, war am Tag vor der Bundestagswahl für einige Zeit das, was er immer sein sollte: Sammelpunkt für Demokraten. Zu der Großdemonstration gegen die Reaktion hatten das Anti-Strauß-Komitee und der Trägerkreis 24.1. aufgerufen. 4.000 Menschen waren aus ganz Bayern gekommen, um zu zeigen, daß sie sich nicht damit zufriedengeben, ihr Wahlkreuz gegen Strauß zu machen.

Auf der Auftaktkundgebung sprachen: Prof. Robert Jungk aus Salzburg und Edmund Trageser vom Anti-Strauß-Komitee. Redner bei der Abschlussskundgebung waren: Sepp Bergmann (SPD Langquaid), Brigitte Heinrich (Europaratsabgeordnete der Grünen), Stefan Eggerdinger (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD), Brigitte Hofmeier (Betriebsrätin, HBV), Winfried Hauck (Trägerkreis 24.1.).



Das Anti-Strauß-Komitee in Aktion: Mit einem Kriminaltango über die Machenschaften von Strauß und Gauweiler zog unsere Songgruppe durch Münchner Lokale und warb so für die Demonstration. Eine Aktionsform, die uns viel Zustimmung einbrachte.

Wir klagen an

Aus der Rede von Robert Jungk:

Zunächst einmal möchte ich Euch liebe Grüße der Salzburger überbringen, die Salzburger, die man nicht mehr gern nach München lassen will, die Salzburger, die Franz Josef Strauß auf einmal schrecklich gefährlich scheinen. Auch die Salzburger ihrerseits sehen F. J. Strauß nicht mehr gerne und das weiß er, im letzten Jahr ist er das erste Mal nicht zu den Salzburger Festspielen gekommen, weil er Angst gehabt hat, daß die Salzburger ihn vielleicht mit einem Pfeifkonzert empfangen würden; vielleicht könnt Ihr das hier nachholen, spielt mal ein kleines Pfeifkonzert für uns Salzburger, pfeift mal den Franz Josef Strauß aus!

- gellendes Pfeifkonzert, Buh-Rufe etc.

Gut! Wir klagen Strauß an, und indem wir Strauß anklagen, bewahren wir ihn vor viel schlimmeren Anklagen. Denn wenn auf diesem Wege weitergegangen wird, führt das in einen neuen Weltkrieg hinein, in ein neues Kriegsverbrechen hinein. Wir wollen dafür sorgen, daß Strauß kein Kriegsverbrecher werden muß und ihn jetzt stoppen. - Beifall -

Ich selber war beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß. Ich habe die Verbrecher auf der Anklagebank gesehen. Damals war es zu spät, damals waren Millionen Menschen umgekommen - wir wollen nicht wieder, daß Millionen Menschen umkommen, wir wollen rechtzeitig sagen: Halt, Schluß damit! Beifall, Bravo-Rufe - (...)

Strauß hat die Bundesrepublik in Veruruf gebracht, weil er mit allen Diktatoren der Welt gut Freund ist, weil er dem Herrn Pinochet Pistolen überbringt, weil er mit den Südafrikanern, die die schwarze Freiheitsbewegung unterdrücken, gemeinsame Sache macht. Weil er überall auf der Welt die Reaktion stärkt und deutsche Gelder für diese Reaktion bereitstellt. Weshalb sollen die deutschen Steuergelder und die deutschen Exporte zur Unterdrückung anderer Menschen in der Dritten Welt dienen? Weshalb werden in der Dritten Welt mit Hilfe der bundesdeutschen Industrie Bedingungen geschaffen, die die Menschen dort entweder ins Gefängnis bringen, ins Konzentrationslager - dort gibt's nämlich Konzentrationslager, nicht in der DDR - oder daß sie auswandern müssen, daß sie fliehen müssen. Und wenn sie dann hierher kommen, um Schutz zu finden, dann werden sie abgewiesen. (...)



Am 24.1.1987 ist der Marienplatz ein Sammelpunkt



für 4000 Demokraten aus ganz Bayern.

Wir klagen Franz Josef Strauß an, daß er und seine Mitarbeiter Stück um Stück die Bürgerrechte, die Freiheitsrechte abschaffen! (...) Ich bitte alle von Euch, die sagen, wir

gehen nicht zur Wahl: Tut es! Nicht weil Ihr für die SPD seid, nicht weil Ihr für die Grünen seid, sondern weil Ihr gegen Strauß seid! Das ist wichtig, jede Stimme muß zählen!

Die Gesetze der Bonner Minderheit sind Gesetze gegen die Mehrheit

Aus der Rede von Brigitte Hofmeier:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Im vergangenen Jahr hat eine kleine Minderheit in Bonn ein Gesetz verabschiedet, das den Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz neu regelt. Damit wurde für eine übergroße Mehrheit von Menschen, die in diesem Lande arbeiten und leben, eines ihrer elementarsten Rechte geknebelt, das Streikrecht drastisch eingeschränkt.

Von derselben Minderheit und auf Begehren von Strauß, Zimmermann und seiner CSU wurden im Dezember 1986 sogenannte Anti-Terror-Gesetze verabschiedet. Unter dem Vorwand: Gegen eine neue Art von Terroristen vorzugehen, gegen Strommastknacker und AKW-Gegner. In Wirklichkeit aber richten sich diese Gesetze wieder gegen die übergroße Mehrheit von Menschen, die in diesem Land arbeiten und leben. Warum?

Gab es vor 1976 den Tatbestand der „kriminellen Vereinigung“, so heißt das seit 1977 „Bildung einer terroristischen Vereinigung“. Früher ging es darum, ob Straftaten begangen wurden oder nicht. Seit dem § 129 a reicht es aus, wenn ein Richter zu dem Schluß kommt, daß es sich um eine Vereinigung handelt, „deren Zwecke oder Tätigkeit darauf gerichtet sind“ - so die Formulierung - solche Taten zu begehen. Dieser Paragraph wurde nun am 5. Dezember 1986 erheblich erweitert auf „gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr, auf die Störung öffentlicher Betriebe und Anschläge auf Energieversorgungsunternehmen, sowie auf Geräte und Firmen, die am Bau von Kraftwerken beteiligt sind.“ Von der CSU wird das so begründet, es handle sich um nötige Maßnahmen gegen das Umsägen von Strommasten und davon sei schließlich jeder bedroht.

Wenn also in Zukunft Eisenbahnerkollegen, Fluglotsen oder Seeleute streiken, werden sie von diesem Gesetz erfaßt. Sie greifen ja ein mit ihrem Widerstand gegen die da oben. Ob in Dienstleistungsbetrieben, der Krankenversorgung, im Elektrizitätswerk oder Wasserwerk. Auch ein Streik der IG-Metaller-Kollegen gegen Siemens, der größten Firma beim Bau der WAA, kann dann unter Strafe gestellt werden. Wie schnell das geht, haben wir gerade in den letzten Wochen beim Streik der französischen Eisenbahner-

kollegen erfahren: Da schrieben zwei bürgerliche Zeitungen wörtlich von „einer Geiselnahme der Öffentlichkeit“ durch die Streikenden und - auch wörtlich so: „wir sind die Geiseln einer neuen Art von Terrorismus“. Schützt dieses neue Gesetz also die Bevölkerung vor umfallenden Strommasten? Oder schützt es einen Rüstungskonzern wie Siemens vor streikenden Kollegen?

Ein anderes Beispiel: Die Wiedereinführung des § 130a und seine Erweiterung. Nach ihr kann jetzt jede Äußerung strafrechtlich verfolgt werden, die beim Leser oder Zuhörer möglicherweise „die Bereitschaft fördert oder

Nummern von Radi-Aktiv beschlagnahmt wurden, war dies schon ein Vorgriff auf dieses Gesetz. Jetzt ist aus der Rechtswidrigkeit geltendes Unrecht geworden.

Strauß und Zimmermann wollen noch mehr: Sie wollen nochmals eine Verschärfung des Paragraphen für Landfriedensbruch, sie wollen Vorbeugehaft für sogenannte „Wiederholungstäter“. Jeder aktive Gewerkschafter weiß, daß er dazu gehört.

Was können wir tun? Das erste ist, daß wir die Herren durchschauen, daß wir sehen, was sie wollen. Die sogenannte „Terrorbekämpfung“ ist nur der Vor-



...gemeinsam gegen Strauß.

weckt, eine Straftat gegen den § 125 (Landfriedensbruch) oder § 129 a zu begehen. Das kann für alle Berichte über Streiks, Warnstreiks und Demonstrationen gelten, für alle Veröffentlichungen über den Widerstand gegen die WAA oder Raketenstellungen, oder alle Berichte über Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Mit anderen Worten: Die Presse der Arbeiterbewegung, ob sozialdemokratisch oder kommunistisch, auch jede Gewerkschaftszeitung, jede andere demokratische Zeitung und alle Dritte-Welt-Veröffentlichungen können auf dieser Grundlage verboten werden. Als drei

wand, gegen jeden Widerstand vorgehen zu können, heute und in Zukunft. So ermächtigt sich der Staat, mit Polizei und Gesetzen jeden Widerstand auszuschalten. Im Kern zielt er auf die Menschen, die hier arbeiten und leben. Es sind in einem neuen Sinn, nichts anderes als Ermächtigungsgesetze.

Das zweite ist, daß wir uns zusammenschließen. So wie vor einer Woche in der kleinen Stadt Sulzbach in der Oberpfalz. Da demonstrierten tausend gegen Strauß. WAA-Gegner, Strauß-Gegner und ein großer Teil von Kollegen aus der Maxhütte gingen auf die Straße. Trotz Gerüchten in den eige-

nen Reihen von einem Demonstrationsverbot. Sie taten, was zu tun ist, entschlossen und mutig. Gerade wenn Zimmermann und Strauß immer heftiger das Demonstrationsrecht knebeln wollen, ist es umso nötiger, auf die Straße zu gehen. Weil auch viele Menschen noch nicht sehen, wer hinter der WAA - diesem wahnsinnigen Bombengeschäft - steht und in welche Pläne und Zielsetzungen es eingebettet ist. Weil auch viele Menschen noch nicht sehen, was am Ende von Arbeitsplatzvernichtung, Massenarbeitslosigkeit

und Demokratieabbau stehen kann: wenn nämlich die Rechnung der Banken und Konzerne ein drittesmal in ihrem Sinn aufgehen soll nach dem Motto: Krieg und Leichen - die letzte Hoffnung der Reichen.

Würden mehr Kolleginnen und Kollegen dem Beispiel der Sulzbacher und unserem Beispiel heute hier folgen und herausgehen gegen die da oben, könnte diese Republik schon anders aussehen als jetzt, könnten Strauß und Co. eines Tages dort landen, wo sie hingehören: Nämlich ins Museum zur Geschichte

der Arbeiterbewegung, Abteilung „Kriegstreiber / 2. Hälfte 20. Jahrhundert“.

Bis dahin ist aber sicher noch ein weiter Weg. Bis dahin brauchen wir aber unsere demokratischen Rechte, wie die Luft zum Atmen. Diese Rechte verteidigen - heißt: sie benützen. Darum sind wir heute hier! Und so sollten wir weitermachen! Darum:

Vorwärts und nicht vergessen, die Solidarität!
Einig gegen rechts!!

„Manche sagen, Strauß will die Bombe – deshalb tut er das.“

Aus der Rede von Edmund Trageser:

Liebe Freunde, liebe Teilnehmer.

Wir, das Anti-Strauß-Komitee, als Mitveranstalter dieser Kundgebung und Demonstration - freuen uns, daß Ihr hier seid, und wir freuen uns außerdem ganz besonders, daß wir diese Demonstration nicht gegen ein Demonstrationsverbot durchkämpfen müssen.

Denn so selbstverständlich ist das in dieser Stadt gar nicht. In dieser Stadt wird immer mehr versucht, alle möglichen Kundgebungen, Initiativen, Stände usw. zu verbieten oder zumindest zu behindern. Das haben in München schon viele demokratische Initiativen erfahren müssen. Viele demokratische Aktionen beginnen oder enden in einem Kleinkrieg mit Kreisverwaltungsreferat, Polizei und Gerichten.

Der Schwabinger Friedensinitiative wurde verboten, fünf Fackeln bei einer Mahnwache am Siegestor mitzuführen. Angeblich weil Autofahrer abgelenkt würden. Erst vor Gericht konnten sie sich ihre Fackeln erstreiten.

Die kleinste Kleinigkeit ist nicht klein genug, daß die Beamten im Kreisverwaltungsreferat nicht noch ihre Pfoten reinstecken müssen. Der „Initiative zur Vereinigung der Revolutionären Jugend“ in München sollte vorgeschrieben werden, wie zu trommeln ist. Ich zitiere: „Die Trommeln dürfen nur in Abständen von 30 Minuten für die Dauer von jeweils höchstens 2 Minuten in einem langsamen Rhythmus und mit gedämpfter Lautstärke geschlagen werden.“ So klein diese Sache ist, zeigt sie doch, welcher Geist in den Behörden dieser Stadt herrscht.

Das Anti-Strauß-Komitee initiierte nach dem Polizeiüberfall auf das Asyl-Lager in der Heßstraße eine spontane Protestkundgebung in der Fußgängerzone. Wenig später saßen alle Teilnehmer dieser Kundgebung im Polizeirevier in der Ettstraße zur erkennungsdienslichen Behandlung. Erst als am nächsten Tag am gleichen Ort noch mehr Menschen auf die Straße gingen, konnte eine Protestdemonstration ohne Störung der Polizei ablaufen.

Jedes kleinste Recht muß man sich hier erkämpfen. Die CSU versucht alles, um alles, was ihr nicht genehm ist, zu unterbinden. Und nicht nur in dieser Stadt.

Gauweiler, Hillermeier, Zimmermann, das ist eine Reihe der CSU-Innenminister dieses Landes, von München bis nach Bonn. Gauweiler, bekannt geworden durch seine Schwarzen Sheriffs, Hillermeier zuletzt dadurch, daß er den Einsatz von Schusswaffen an Pfing-



sten in Wackersdorf öffentlich befürwortete und Zimmermann, der das Abschieben von Ausländern mit dem Einfließen von Abgaskatalysatoren vergleicht.

Gerade jetzt im Januar dieses Jahres sind auf eine Initiative der CSU die sogenannten Anti-Terror-Gesetze in Kraft getreten. Diese Anti-Terror-Gesetze bewirken, daß nunmehr Blockierer, Streikende zur terroristischen Vereinigung erklärt werden können. Damit werden die Sondergesetze, die angeblich für die RAF gemacht wurden, auf diesen Personenkreis anwendbar. Das heißt z. B. Kontaktsperre. Es liegt also durchaus heute im Bereich des legal Möglichen, daß ein Streikposten im Knast landet und keinen Kontakt zur Außenwelt - auch nicht zu einem Anwalt - aufnehmen kann.

Daß diese Gesetze auch gegen streikende Arbeiter angewendet werden, ist so unwahrscheinlich nicht. Die Zeitung „Metall“ berichtete 1984, daß 1.600 Angehörige des Bundesgrenzschutzes den bewaffneten Einsatz gegen streikende Arbeiter proben und zwar gerade unter Hinweis auf die lang anhaltenden Steiks um die 35-Stunden-Woche.

Dieser Bundesgrenzschutz wurde immer stärker zu einer Bürgerkriegsarmee ausgebaut. Zimmermann hat das kürzlich bekannt gegeben: Im letzten Jahr waren 22.000 Mitglieder dieser militärischen Organisation auf 70 Demonstrationen im Einsatz. Das sind bereits fünf mal mehr gewesen, als im Jahr zuvor.

Warum macht die CSU das? Warum muß immer mehr Polizei angeschafft werden? Warum gibt es immer mehr Verbote und Gesetze gegen uns, die uns ruhig halten sollen? Warum will Strauß unbedingt die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und ist bereit, dafür Mittel anzuwenden, die die bürgerliche Demokratie aus den Angeln heben werden?

Manche Leute sagen, Strauß will die Bombe - deshalb macht er das. Wir vom Anti-Strauß-Komitee sagen: das ist nur die halbe Wahrheit. Daß Strauß die Bombe will, hat er schon in den 60er Jahren als Atomminister gesagt. Und er will nicht nur die Bombe, die Bomber will er auch. Deshalb hat er die Flugzeugindustrie per Subventionen nach Bayern gezogen und die Grundlage für z. B. die Produktion des Tornado geschaffen. Und Strauß will auch seinen eigenen „Krieg der Sterne“. Er nennt ihn „Europäische Verteidigungsinitiative“. Er hat jetzt gerade 42 Millionen Mark „spendiert“, um den Grundstein der deutschen benannten Raumfahrt von Köln nach Oberpfaffenhofen in Bayern zu holen.

Doch nun frage ich Euch, glaubt von Euch jemand, daß die Militarisierung der ganzen Gesellschaft deshalb passiert, weil ein Politiker - und heiße er Strauß - die Bombe will?

Wir vom Anti-Strauß-Komitee - und wir kennen Strauß sehr gut - wir sagen nein. Der Strauß ist Politiker. Seine Aufgabe ist, Politik umzusetzen, und da ist er einer der Besten in den Reihen der Reaktion. Deswegen hat er auch die meisten Spenden von Flick, der Deutschen Bank usw. erhalten.

Wir müssen uns nun fragen, wer will die Bombe, warum besteht die Gefahr von Faschismus und Krieg, wie auf einem Transparent hier steht?

Dazu eine kleine Vorgeschichte. Es gibt einen anderen, der kürzlich abgelehnt hat, Politiker zu werden. Das ist der Boss des amerikanischen Automobilkonzerns Chrysler. Die Demokraten wollten mit ihm als Präsidentschaftskandidat in den nächsten Wahlkampf ziehen. Er lehnte ab mit der Begründung, daß es in den nächsten Jahren mit der Wirtschaft rabiat bergab gehen würde und er absolut keine Ahnung habe, was man dagegen tun könne. Seinen Pessimismus begründete er mit den Schwierigkeiten der amerikanischen Wirtschaft, Kapital-Gewinne anzulegen. Genau das ist das Problem.

Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler, doch eins weiß ich, die Unternehmer werden nervös, wenn sie ihre Gewinne nicht mehr anlegen können. Und gerade die Bundesrepublik ist kein Land mehr, wo man anlegen kann. Seit 1982 fließt mehr Kapital aus der Bundesrepublik ab als rein. Deutsche Unternehmer haben seit 1982 Firmen im Ausland aufgekauft, die im Wert den gesamten Anlagen im Kernbereich der Metallindustrie dieses Landes entsprechen. Also so viel wie in der Automobilproduktion, dem Maschinenbau und der Elektroindustrie zusammen. Dieser Kapitalexport, dieses Aufkaufen von Firmen im Ausland verdoppelt sich derzeit jedes Jahr.

Das ist genau, was die amerikanischen Unternehmer nervös macht, das ist klar. Denn jede Anlage, die von deutschen Unternehmern aufgekauft wird, geht denen ab. Wie nervös die reagieren, kann man zur Zeit gut im Wirtschaftsteil der Süddeutschen verfolgen. Da heißt es:

USA verhängt Sanktionen
EG beschließt Vergeltungsmaßnahmen
Bundesdeutsche Stahlkocher wollen ihre Produktionsquoten überschreiten
Gefahr eines Handelskriegs

Die Leute, die diese Kriege machen, die finanzieren die CSU - und das sollte uns nervös machen, denn wenn die Aussage des Chrysler-Managers stimmt, dann wird es in den nächsten Jahren

eng. Dann wird es mit kleinen Handelskriegen nicht mehr getan sein. Dann werden die Waffen sprechen müssen, wenn es nach ihrem Willen geht.

Und Ihr wißt, in den USA, da werden die Messer bereits gewetzt. Und bei uns in der BRD schaut's auch nicht besser aus. Man ist zur Zeit dabei, die Kapazitäten der Rüstungsproduktion auf Kriegsniveau anzuheben. Anders kann ich den verstärkten Vorstoß zum Rüstungsexport nicht verstehen. Es genügt eben nicht, wenn nur ein Panzer pro Monat die Fabriken verläßt.

Das ist ein düsteres Bild von unserer Zukunft, doch dieser große Krieg braucht, wenn er stattfinden soll - viele kleine Schritte, die ihn vorbereiten.

Einer dieser kleinen Schritte ist das Lager in Hanau mit bereits heute mehreren Tonnen waffenfähigem Plutonium, ein anderer die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

Schritte sind aber auch die Demonstrationsverbote, die wir in letzter Zeit erlebt haben, die Gesetze von Zimmermann und die Verbote von Gauweiler.

Und - notwendige Schritte sind auch der Rassismus, der in der Bundesrepublik und gerade in Bayern hochgekocht wird und der dumpfe nationale chauvinistische Mief, der aus allen Ecken kriecht und jedes normale, jedes kritische Denken überschreien soll.

Diese Schritte muß die Reaktion machen, um ihren Krieg möglich zu machen. Und diese Schritte sind von uns verhinierbar. Auch das haben wir gerade in den letzten Tagen erlebt. An diesem Punkt müssen wir ansetzen und müssen kämpfen. Deshalb sage ich: Stoppt Strauß!



Die neuen „Antiterrorismus“-Gesetze und ihre Auswirkungen.

Im Dezember 1986 wurden die sog. Anti-Terror-Gesetze, die von der CSU initiiert und durchgedrückt wurden, im Eiltempo im Parlament durchgepeitscht. Was bedeutet nun eigentlich die Erweiterung des § 129 a und die erneute Einführung des § 130 a in das Strafgesetzbuch?

Am 18.8.76 wurde der § 129 a neu ins StGB aufgenommen, der die Bildung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe stellte. Gegen sog. Terroristen, denen keine konkrete Straftat nachzuweisen war, konnte bis dahin nur aufgrund des § 129, der die Bildung krimineller Vereinigungen unter Strafe stellt, vorgegangen werden. Die Besonderheit bei dem Straftatbestand des § 129 a ist, daß der Angeklagte nicht mehr wegen einer konkret nachweisbaren Tat, also z.B. Geiselnahme, Mord oder Brandstiftung, bestraft wird, sondern zur Verurteilung reicht es schon, wenn der Richter davon überzeugt ist, daß der Angeklagte Mitglied einer Vereinigung ist, „deren Zwecke oder Tätigkeit darauf gerichtet sind“, solche Taten zu begehen. Daß es überhaupt nicht um die Verfolgung und Ahndung konkreter Taten geht, sondern Gegenstand des Verfahrens die Gesinnung des Angeklagten ist, hat der Bundesgerichtshof 1977 deutlich gemacht: „Die Absicht, Straftaten zu begehen, braucht noch nicht bis zur Vorbereitung einzelner Taten konkretisiert sein. Vielmehr reicht es aus, wenn sich die in der Vereinigung zusammengefaßten Mitglieder bewußt sind, daß es bei der Verfolgung ihrer Pläne - nicht nur gelegentlich oder beiläufig - zur Begehung erheblicher Straftaten kommen kann und daß sie dies auch wollen.“ Der renommierte Bonner Rechtsanwalt Dr. Hans Dahs hat im November 1976 die Gesetzesverschärfungen scharf kritisiert und gewarnt: „Es ist zu befürchten, daß nach der nächsten spektakulären Terroraktion weitere Griffe in die „Giftküche des Gesetzgebers“ folgen werden (...) Das wird dann endgültig das Ende der freien, eigenverantwortlichen und wirkungsvollen Strafverteidigung (...) sein. Wenn der Gesetzgeber auf dem eingeschlagenen Weg fortschreitet, wird er den freiheitlichen Rechtsstaat „zu Tode schützen“. (...) Mit dem sog. „Anti-Terroristen-Gesetz“ hat sich unser Staat selbst ein Armutszeugnis ausgestellt!“ (Neue Juristische Wochenschrift 1976 S. 2145) Mit den jetzigen Gesetzesverschärfungen zählen zum Tatbestand der terroristischen

Vereinigung nun auch „Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr“ sowie die „Störung öffentlicher Betriebe“. Bereits bisher waren diese Taten mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bedroht, die Strommasten dienen also hier nur zum Vorwand. In Wirklichkeit sind die Gesetzesverschärfungen eine starke Waffe zur Kriminalisierung und Niederschlagung von Streiks. Jeder Gewerkschafter, der bei der Müllabfuhr, bei Bus, Tram oder Bahn streikt, kann zum Terroristen erklärt werden. Der DGB als terroristische Vereinigung, die Zerschlagung jedes organisierten Widerstandes der Arbeiterbewegung, das ist der Zweck dieses Gesetzes. Auch der Streik gegen Siemens, größte Firma

beim Bau von Kernkraftwerken, die beim Bau der WAA am meisten von den Milliarden einschiebt, kann jetzt bestraft werden, jeder Arbeiter, der Streikposten steht, wird zum potentiellen Terroristen. Eine Anfrage im Innenausschuß des Bundestages, ob der § 129 a auch auf Streiks angewandt werden könnte, wurde nicht verneint. (taz, 5.12.86) Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor warnt: „Jedes Verteilen von Streikaufrufen an alle Elektrizitätswerke wird zunächst einmal tatbestandsmäßig. Jede publizistische Billigung eines solchen Streiks ebenso, dies wiederum könnte zu solch absurden Ergebnissen führen, daß die Gewerkschaft ÖTV spätestens nach dem Be-

Mal sehen, wann die erste Wolke verhaftet wird ...

... wegen Verdunklungsgefahr

Dokumentation

Recht ist, was Strauß nützt

Rechtsbrüche der CSU im Jahr 1986

Das Anti-Strauß-Komitee berichtet in seiner Dokumentation über staatliche Rechtsbrüche (Verbote, Zensur, unannehmable Auflagen, terroristische Hausdurchsuchungen, Schikanen und Behinderungen von demokratischen Aktionsformen) als tagtägliche Praxis im CSU-Bayern im Jahre 1986. So weit als möglich kommen die Betroffenen selber zu Wort.

U.a. über Wackersdorf

FDJ-Verbot und Protest
Terror gegen Asylbewerber
Polizeiterrorismus
Übermut der Ämter gegen Brecht
Fingerabdrücke von Achtjährigen
Bundeskongress gesprengt

74 Seiten, DM 4.-, zu bestellen beim ASK. Für die Fortschreibung der Dokumentation erbitten wir Materialien von den Opfern der CSU-Politik.

Bestellung von STOPPT-STRAUSS-Ansteckern (DM 1.-) und STOPPT-STRAUSS-Aufklebern (DM .50) ebenfalls bei:
Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München 2.



foto Andreas Schiebel

Mit „Trinkt mal einen auf mich“ übergibt Franz Josef Strauß angetrunkenen Reservisten einen DM 50.- Schein.



Peter Willmitzer:

Wir in Bayern.

Ein Lesebuch
zu Geschichte und Gegenwart

Herausgegeben von Ute Schilde
Mit einem Vorwort der Herausgeberin

192 Seiten

16,80 DM

Bayern – das ist nicht nur, und nicht einmal in erster Linie Alpen, Hofbräuhaus und Neuschwanstein. Bayern ist, was es mit kurzen Unterbrechungen seine ganze Geschichte lang war: die Hochburg der Reaktion in Deutschland. Bayerische Politik von 1986 ist, was in der Republik Gesetz werden soll – geht es nach Strauß und Zimmermann und gewinnen CDU/CSU die nächste Wahl. Bayerische Geschichte und Politik zu kennen heißt deshalb, eine Zukunft zu kennen, die aufhaltsam ist.

Erhältlich in guten Buchhandlungen oder bei
Verlag Das Freie Buch · Tulbeckstr. 4 · 8000 München 2 · Tel. (089) 502 64 99

Bayern vorn?

Bayerns Wirtschaft läuft auf Hochtouren, bei der Ausbeutung der Menschen und bei der Produktion von Rüstung. Schamlos wirbt die CSU genau mit dieser Wirtschaft um die Wählerstimmen.

Bayern vorn?

In Bayern läuft alles besser als in anderen Bundesländern - so wirbt die CSU. Besonders ginge es mit der Wirtschaft aufwärts und damit allen Bayern. Glaubt man der CSU, dann ist Bayern vom Armenhaus der deutschen Geschichte zum fortschrittlichsten Bundesland der BRD aufgestiegen.

Daß das nicht ganz stimmen kann, merkt man bereits an den 340 Millionen Mark, die Bayern 1985 als „armes“ Bundesland aus dem Länderfinanzausgleich erhalten hat. Draufzahlen müssen genau die Länder, denen Strauß verfehlte Wirtschaftspolitik vorwirft: 1984 erhielt Bayern 372 Millionen, während Hamburg 1554 Millionen und Nordrhein-Westfalen 454 Millionen einzahlen mußten. (FR 2. 1. 87)

Bayern ist also doch ein Armenhaus der BRD geblieben - zumindest für die meisten der in Bayern lebenden Menschen. Der bayerische Sozialhilfeszatz zählt zu den niedrigsten der BRD, und Menschen, die hier Arbeit finden, verdienen wesentlich weniger als der Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig ist Bayern nicht gerade das Land mit den geringsten Lebenshaltungskosten, schon gar nicht in der heimlichen Hauptstadt. Von Sozialhilfe läßt sich in München nicht leben.

Die wenigsten Arbeitslosen?

Arbeitslose gibt es in Bayern nur wenig - glaubt man der CSU. Tatsächlich hatte Bayern 1985 nach dem roten Nord-

rhein-Westfalen und dem schwarzen Niedersachsen die meisten Arbeitslosen, nämlich 344.681 und damit 7,7 % (alle Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch 86). Bayern liegt damit wesentlich schlechter als das schwarze Baden-Württemberg (209.832 Arbeitslose, oder 5,4 %) und schlechter als das „rot-grüne Chaos“ in Hessen mit 164.540 Arbeitslosen (7,2 %). Es gibt also kein Gefälle, sondern ein Steigen der Arbeitslosenzahlen, wenn man von Bayerns Nachbarländern nach Bayern kommt. Dies entspricht auch den aktuellsten Arbeitslosenzahlen für Dezember 1986, siehe FR 9. 1. 87.

1984 fielen in Bayern 52.131 Arbeitstage wegen Streik aus. Im Land der wenigsten Arbeitslosen (Baden-Württemberg) waren es im gleichen Jahr 3.866.490 Arbeitstage, oder das 75fache. Selbst im kleinen Hessen wurde mit 1.426.439 Arbeitstagen noch 27 mal mehr gestreikt. Weniger Streiks, dafür mehr Arbeitslose und weniger Lohn - so ist die Situation in Bayern.

Die meisten Selbständigen - der gesunde Mittelstand?

Der gesunde mittelständische Unternehmer lebt - glaubt man der CSU - in Bayern. Tatsächlich gibt es in Bayern mehr Selbständige als in Nordrhein-Westfalen. Doch ist das auch kein Wunder, denn im ach so fortschrittlichen Bayern arbeiten 10 % aller Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft. Das sind mehr als in jedem anderen Bundesland, doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt und fast vier mal so viel wie in Nordrhein-Westfalen. Diese große Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben macht das dicke „Selbständigenpolster“ Bayerns aus.

Bayerns Bauern geht zwar die Arbeit nicht aus, aber der gesunde Mittelstand sind sie nicht. Das Einkommen in der Landwirtschaft ist im Vergleich zum Durchschnittseinkommen drastisch gesunken. Dafür steigt die Verschuldung der Bauern je Hektar ständig an. Ein Teil der nicht arbeitslosen Bayern arbeitet in diesen verschuldeten Höfen als mithelfende Familienangehörige (323.000 oder 6,2 % aller bayerischen Beschäftigten, doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt).

Die selbständigen Bauern arbeiten hart - so lange bis nichts mehr geht. Alleine in der Oberpfalz machten 1985 täglich zwei Höfe dicht. Da wird es zum glatten Hohn, wenn die CSU auf ihren Wahlplakaten mit den bundesweit meisten Selbständigen wirbt.

Den nichtlandwirtschaftlichen Mittelstandsbetrieben geht's in Bayern nicht besser als den Bauern, denn Strauß kümmert sich nicht „um jeden“, er ist der Mann der großen Industrie. Dementsprechend definiert er Mittelstandsförderung als Subvention für Siemens:

Siemens hat etwa 5.000 Zulieferbetriebe in der Bundesrepublik und machte mit diesen im letzten Geschäftsjahr etwa 6,7 Milliarden Mark Umsatz. (...) Die Hälfte aller Zulieferer stammt aus Bayern. Jetzt werden sie versterben, warum die Bayerische Staatsregierung, wenn sie vom Mittelstand spricht, auch immer an Großbetriebe wie z. B. Siemens denkt.“ (Siemens-Magazin COM 1/86)

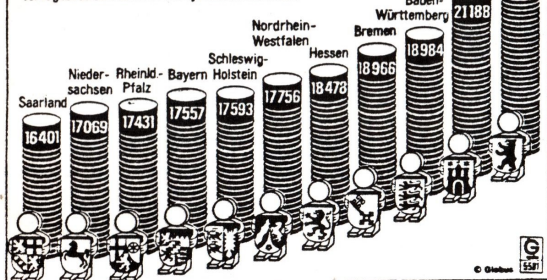
In Bayern kein Lehrstellenmangel?

Laut CSU bekommt jeder Jugendliche - der will - in Bayern eine Lehrstelle. Nach Arbeitsminister Hillermeier (SZ 3. 12. 86) suchten Ende September noch 4.943 Jugendliche einen Ausbildungsplatz, während noch 12.000 Stellen offen waren. Im gleichen Artikel der Süddeutschen Zeitung steht auch, wo noch Lehrlinge gesucht werden: „Bei Mauern und Hochbaufacharbeitern (konnte) beuer jede dritte Stelle nicht besetzt werden. In den Kaufhäusern, Bäckereien und Friseuralsen sei jede vierte Stelle frei geblieben.“

Das Handwerk sorgt sich um seinen goldenen Boden. Keine Arbeitskraft, nicht mal ferienjobbende Studenten sind billiger als der Lehrling. Etwa jeder fünfte im Handwerk Beschäftigte dürfte mittlerweile ein Lehrling sein. Ganze Gewerbebezüge basieren nur auf der Ausbeutung von Auszubildenden. Dementsprechend sieht die Situa-

Kaufkraftgefälle

in der Bundesrepublik Deutschland
Verfügbares Einkommen 1984 je Einwohner in DM



tion nach der Lehre aus. Nur 54 % der Jugendlichen sind nach dem Abschluß in ihrem erlernten Beruf tätig. 37 % der Maurer werden derzeit nach der Lehre nicht übernommen. Genauso geht es 50 % der gelernten Verkäufer, 53 % der Friseurinnen, 66 % der KFZ-Mechaniker und 74 % der Buchhändlerinnen.

In Bayern kann jeder eine Lehrstelle finden, wenn er bereit ist, auf Ausbildung zu verzichten, wenn er für wenig Geld viel arbeitet, und wenn er nicht darauf besteht, hinterher Arbeit zu finden. Das gilt in Bayern nicht nur für die Handwerksbetriebe. Laut SZ, 5.12. 1986, übernimmt die Bundesbahn im Bereich der Direktion München nur 32 % seiner gewerblich technischen Lehrlinge. „Die restlichen zwei Drittel bekommen ein Angebot als Reservelokführer oder als Rangierarbeiter. Allerdings nur mit Zeitverträgen zwischen zwei und sechs Monaten. Dafür müssen sie sich bereit erklären, ihre Arbeit überall in der Bundesrepublik anzutreten.“ Noch unverschämter geht's nicht mehr.

Dafür, daß jeder Willige eine Lehrstelle bekommt, hat die CSU gesorgt, indem „ausbildungshemmende“ Bestimmungen aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz gestrichen wurden. Die CSU hat auch ihr Rezept, wie jeder Willige einen Arbeitsplatz bekommt. Sie will den Tariflohn außer Kraft setzen: Ehemalige Arbeitslose sollen auch unter Tariflohn eingestellt werden dürfen.

Bayerns Wirtschaft wächst ?

Bayerns Wirtschaft geht's gut (daran haben wir nie gezweifelt). Die Gewinne explodieren, und die Investitionsquoten liegen mit 22 % wesentlich höher als der Bundesdurchschnitt (17 %) (CSU in Löwe & Raute, 10/86). Tatsächlich wächst die Industrie zu Konjunkturzeiten stärker und schrumpft in Krisenzeiten schwächer. In Bayern ist nach dem Krieg ein Produktionszweig entstanden, der um so stärker wächst, je weiter die allgemeine Krise voranschreitet: die Rüstungsproduktion.

Die Rüstungsproduktion verspricht heute das meiste Geld. Nirgendwo ist die Produktion stärker monopolisiert. Nirgendwo gibt es weniger Konkurrenz. Nirgendwo ist die Gewinnspanne größer, das Produktionsrisiko kleiner. Gefertigt wird auf Bestellung und bestellt wird von Politikern, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind.

Während Bayern am Gesamtindustriumsatz mit 16,8 % beteiligt ist, erhält es 50 % der bundesdeutschen Rüstungsaufträge. Das ist der Motor der bayerischen Wirtschaft. Doch warum sitzt die für Rüstung nötige High-Tech-Produktion ausgerechnet in Bayern? Hat das Rot-Grüne Bündnis in Hessen die Unternehmer nach Bayern gejagt?

Bayerisches Klima lockt Unternehmer

Die CSU behauptet, daß sie als politisch stabiler Faktor, gepaart mit dem fleißigen bayerischen Arbeiter, die

„fortschrittliche“ Industrie nach Bayern zieht.

So ruhig ist es in Bayern auch wieder nicht. Zwar wird hier weniger gestreikt als in Baden-Württemberg, aber immerhin mehr als in Rheinland-Pfalz oder im Saarland. Und eine revolutionäre Geschichte haben die Münchner Arbeiter auch. Immerhin wird eine Räterepublik nach ihnen benannt.

Auch die WAA ist in Bayern nicht leichter durchsetzbar als Brokdorf in Niedersachsen. Die Zeitschrift „Tempo“ zählt bundesweit vom 1. Januar bis zum 15. November 1986 57 abgesagte Strommasten, davon 32 in Bayern. Bayern, vorn!

Die bayerische Industrieproduktion ruht schwerpunktmäßig auf zwei Säulen: der Automobilproduktion (BMW, Audi) und der Elektroproduktion (Siemens).

Am Zuzug von Siemens hatte der damalige „Wehrgeistige Führer“ sicher absolut keinen Anteil. Konzerne wie Siemens oder IG-Farben-Hoechst (Frankfurt), deren Feld die ganze Welt ist, lassen sich von einem Joschka Fischer nicht vertreiben und auch von FJS nicht zu einem kurzfristigen Umzug bewegen. Dazu braucht es andere Kräfte. Um Siemens zum Umzug von Berlin nach München zu bewegen, war ein verlorener Weltkrieg und eine anrückende Rote Armee nötig. Vor dieser Roten Armee nahm Siemens nicht das erste Mal Reißaus. 1917 bildeten sich auch in den zwei Siemenswerken im damaligen Petersburg Zentren der Roten Garde und der Keim der sowjetischen Oktoberrevolution.

Bayerns Zukunftindustrie ?

In Bayern schrumpft und entläßt die Stahlindustrie (siehe Maxhütte) genauso wie in jedem anderen Bundesland. Daran können weder FJS noch Oskar Lafontaine noch Joschka Fischer etwas ändern. Weltweit wurden im Konkurrenzdruck Kapazitäten aufgebaut, die heute verschrottet werden müssen, weil sie keinen Gewinn mehr abwerfen. Daran ändert auch Subventionspolitik nichts, sie versüßt den Unternehmern nur das Abschiednehmen. Zumindest Strauß weiß das auch. „Seine“ Subventionen werden „sinnvoll“ angelegt. Wir kommen nun zum wirklichen Hintergrund des investitionsfreundlichen Klimas in Bayern.

Eine Milliarde DM hat der bayerische Wirtschaftsminister für Investitionsförderung zur Verfügung. Eine Milliarde ist etwa soviel wie das Einkommen aller Lohnabhängigen einer Stadt wie Regensburg. Dieses Geld erhält Bayern zu Lasten der anderen Bundesländer aus Bonn. Eine von der Bundesregie-



rung in Auftrag gegebene Studie enthielt, daß das „Süd-Nord-Gefälle“ nur durch Bundessubventionen entstanden ist. Dadurch konnte sich Bayern pro Einwohner DM 887,00 an Investitionen leisten, im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen mit 677,00 DM. (FR 2. 1. 87)

Mit diesem Geld werden Industrieansiedlungen nach Bayern geholt. So z. B. BMW nach Regensburg und die WAA nach Wackersdorf - wer am meisten buttert, gewinnt das Rennen. Die Entscheidung darüber, ob die WAA in Bayern oder Niedersachsen gebaut wird, wurde im wesentlichen mit Geldgeschenken erkämpft. 47 Millionen kosten z. B. die Infrastrukturmaßnahmen für die WAA, wie Wasser- und Stromversorgung. Mehr als die Hälfte davon werden aus Steuergeldern gedeckt. (TAZ 18. 11. 86) Diese Summe konnte Albrecht wohl nicht abbringen.

Der für die Subventionen zuständige Bundesminister:

„Wissen Sie denn, wie viele Nullen eine Milliarde hat?“

„Ach du lieber Gott! Sieben?“

„Nein“

„Acht?“

„Nein, neun, Herr Wirtschaftsminister.“

(Wirtschaftsminister Bangemann in einem Interview mit Hörzu, zitiert nach Spiegel 38/86)

Woher hat Strauß den Riecher für „Zukunftsindustrie“?

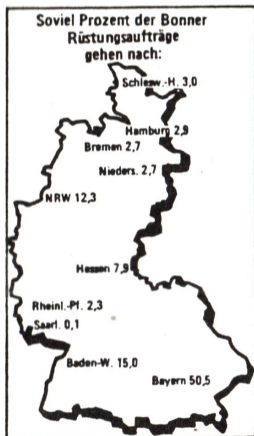
Woher nimmt Strauß den sicheren Instinkt, welche Technologien „Zukunftstechnik“ sind? Der Umbau Bayerns von Zivil- auf Kriegsproduktion fällt in die Zeit des Verteidigungsministers Strauß. Damals holte er bereits 28 % der Rüstungsaufträge nach Bayern. Strauß stellte sich an die Entscheidungsspitzen der neuen Kriegstechnologien: Atomtechnik, Luft- und Raumfahrt, Elektronik.

1955 wurde Strauß Atomminister und berief 16 Vertreter der Industrie in die Atomkommission (darunter Hoechst, Bayer, Siemens, AEG, Degussa, Demag ...). Strauß war entschieden gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages; er holte die ersten Atomwaffenaufträge in die BRD und nun die Plutoniumfabrik nach Bayern. Die wird genau in dem Jahr zu produzieren anfangen, wenn der Atomwaffensperrvertrag ausläuft.

1959 verläßt Ludwig Bölkow sein Ingenieurbüro von Stuttgart nach Ottobrunn (bei München). Laut CSU war das die Geburtsstunde von MBB und die Geburtsstunde der deutschen Nachkriegs-Luft- und Raumfahrt, als

deren Vater sich FJS selbst bezeichnet. Die Idee für das erste große europäische Projekt - Airbus A 300 - entstand in München: „Und kaum jemand weiß, daß die Initiative zu dieser europäischen Partnerschaft zunächst in Ottobrunn und nur wenig später ebenfalls in Neuaußing von Dornier und München-Allach von der damaligen BMW-Triebwerksbau (heute Motoren und Turbinen Union - MTU -) entwickelt wurden.“ (CSU in Löwe & Raute 79)

Die erste Vorstellung des Projekts fand 1966 im Münchner Deutschen Museum statt. Strauß wurde Aufsichtsratsvorsitzender der „Deutschen Airbus GmbH“ und übernahm seinen Teil des Projekts: Geld besorgen.



Die Aufgabe von Strauß: Geld besorgen

Das ist ihm gelungen. 90 % der Entwicklungskosten für den A 300 übernahm der Bund, und bereits heute steht fest, daß sich die Bundesregierung an der Entwicklung der nächsten Generation - A 330 / A 430 - ebenfalls mit 90 % beteiligen wird. 1978, im „Jahr des Airbus“, stieg der MBB-Umsatz um über 300 Millionen auf 2,1 Milliarden Mark. Gleichzeitig machte genau der Flugzeugbereich bei MBB Verlust von rund 30 Millionen. Doch keine Panik bei MBB, denn für Verluste ist der Steuerzahler zuständig. Die unvorstellbare Summe von 11,5 Milliarden hat der deutsche Steuerzahler bisher für den Airbus aufgebracht (SZ 21. 11. 86). Damit wurden nur für den Airbus (ohne Tornado oder ähnliches) mehr Subventionen vergeben als an „alle anderen 300.000 mittelständischen Betriebe in Bayern insgesamt.“ (SZ) Auf jedes Flugzeug, das verkauft wird, zahlen wir drauf. Das wird sich nicht ändern. Strauß hat jetzt bei der Bun-

desregierung durchgesetzt, daß die aufgelaufenen „Verluste“ von 2,25 Milliarden übernommen werden, ebenso wie neue Entwicklungskosten in Höhe von 2,7 Milliarden.

Das Geschäft mit dem Tod

Wozu diese riesigen Subventionen im Flugzeugbau? Weil es ohne „zivile“ Luftfrachtindustrie auch keine deutschen Bomber gibt. Oder wie es Strauß formuliert: „Die Ebe, die zwischen Wehrwesen und Naturwissenschaft geschlossen war, sollte nie wieder geschieden werden.“ (Herausforderung und Antwort, 1968) „Diese Industrie wäre fehl am Platz, würde ihr nicht der Auftrag zuteil, ihr technologisches Know-how zur Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt zur Verfügung zu stellen.“ (Kurt W. Streit, Löwe & Raute 1979)

Flugzeuge und Raketen bestehen heute zu 70 % aus Elektronik. Nach dem Krieg war das deutsche Computer-Know-how genau Null. Eine weitere „Zukunftsindustrie“ mußte entwickelt werden. 1971 wurde Strauß Nachfolger des CSU-Schatzmeisters und Flick-Managers Wolfgang Pohle im Aufsichtsrat der „International Computers GmbH Deutschland“ und damit an der dritten Schaltstelle der deutschen Rüstungsproduktion. (Otto Köhler, PDI-Taschenbuch 5) Zielsetzung der GmbH: eine europäische Konkurrenz zu den Computer-Giganten der USA. Ein weiteres Subventionsobjekt war entstanden. Zuerst bei AEG in Konstanz, später durch Siemens nach München übernommen.

Letztes Jahr war Produktionsbeginn in einer neuen Siemensfabrik in Unterschleißheim/München für rein militärische Elektronik. Dort wird unter anderem der „Mega-Chip“ verbaut werden, der ab 1987 in Regensburg gefertigt wird. Die Entwicklung des „Mega-Chip“-Speicherbausteins wurde vom Bund mit 240 Millionen subventioniert, obwohl der Konzern in Gewinnen schwimmt und über 20 Milliarden flüssig hat. (Aktions Report 17. 12. 85)

Die Steuern sinken - fragt sich für wen?

Das „entwicklungsfreundliche“ Klima in Bayern will bezahlt sein. Der Anteil, den Bürger mit geringem Einkommen am Gesamtsteueraufkommen erbringen, ist seit 1960 von 36 % auf fast 60 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der von Wirtschaft und Einzelpersonen gezahlten Einkommens-, Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuer von 35 % auf 22 % gesunken. Vom Beginn der Amtsperiode der Regierung Kohl bis 1986 sind Arbeitnehmer und Haushalte auch

unter Einbeziehung der Steuersenkung 1986 mit mindestens 32 Milliarden DM zusätzlich belastet worden, während die Wirtschaft um 25 Milliarden entlastet worden ist. (Laut DGB in SZ, 19.12.1986)

Bayern vorn bei der Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion!

Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann: „1985 erreichte die Wirtschaftskraft Bayerns 290 Milliarden Mark, das entspricht der des

Großdeutschen Reiches zu Beginn des Zweiten Weltkriegs - und das verdeutlicht wohl das enorme Wachstum.“ (Spiegel 86)

Wer aufrüsten will, der muß den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche ziehen. Eine unpopuläre Maßnahme, die Strauß 1968 so umschreibt:

„Es ist einfach unabweisbar notwendig - im wahrsten Sinne des Wortes von der Bedeutung der Not - daß der Zuwachs der Ausgaben auf anderen Gebieten zugunsten des oben genannten

Zwecks (militärische Forschung) einge-dämmt wird. Das erfordert den Mut, Prioritäten zu setzen und politische Entscheidungen in der Hausbaltpolitik zu treffen, die diese Prioritäten zum Ausdruck bringen. Das erfordert einen teilweisen Konsumverzicht in der Gegenwart zugunsten der Zukunftssicherung. Dabei genügt aus dem Sachzwang heraus die ‚Sozialstaatlichkeit‘ in einem gewissen Gegensatz zur ‚Politikstaatlichkeit‘.“

Wer verkauft den Saudis den Leopard?

Alle sind sie leicht geniert, wenn ihre Waffengeschäfte ans Tageslicht kommen, denn der sozialdemokratische, der liberale oder auch der konservative Wähler könnte etwas dagegen haben, wenn wieder einmal die Völker in der Welt an deutschen Waffen zugrunde gehen. Nur einer weiß, daß seine Gefolgschaft uneingeschränkt hinter ihm, hinter der Rüstungsindustrie, hinter der Vorbereitung neuer Kriege steht. Und das ist Strauß!

95 % aller geschäftlichen Operationen auf dem Rüstungsmarkt laufen auf Regierungsebene ab (SZ, 12. 12. 86). Unter jeder Regierung - egal von welcher Partei - werden Waffen verkauft, und zwar mit Wissen jeder Regierung. Das „Außenwirtschaftsgesetz“ regelt den Verkauf von Rüstung ins Ausland und das „Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft“ in Eschborn bei Frankfurt, eine dem Bundesminister für Wirtschaft nachgeordnete Behörde, ist zuständig für den Rüstungsexport. Wenn also ein Bundeskanzler - egal von welcher Partei - behauptet, er habe von allem nichts gewußt, so wäscht ihn das nicht rein, es adelt ihn auch nicht, im Gegenteil, er und sein Wirtschaftsminister vernachlässigen aufs Gröbste ihre Pflichten gegenüber der Industrie. Denn die sieht auf ordentlichen Ablauf ihrer Geschäfte (sonst droht ihren Managern unter Umständen Knast, wie bei Rheinmetall, deren Haftstrafe allerdings auf Bewährung ausgesetzt wurde). Gerade Rüstung muß verkauft und verbraucht werden, nicht nur, weil die Gewinnspanne besonders hoch ist, sondern weil die Tauglichkeit der Waffen in der konkreten kriegerischen Auseinandersetzung erprobt werden muß, als auch ihre Massenproduktion.

Wer ist der beste Waffenverkäufer im Land?

Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß?

Helmut Schmidt war bestimmt kein schlechter. Laut Spiegel 14/1979 wurden seit Amtsübernahme der Sozialliberalen 1969 für 6,71 Milliarden DM Waffen- und Munitionsverkäufe in 54 Ländern der Welt offiziell genehmigt. Seit 1976 (sie werden erst seit diesem Zeitpunkt registriert) bis 1978 wurden



Schmidt hätte gerne.

für 6,64 Milliarden DM schlüsselfertige Munitions- und Gewehrfabriken, Spezialmaschinen und Konstruktionspläne verkauft. Beileibe nicht nur in Nato-länder und auch nicht in ausgespro-

chen friedliche Gebiete der Welt: So z.B. an die argentinische Militärgenossenschaft, an das Schahregime, den philippinischen Diktator Marcos, nach Thailand, Ecuador, Venezuela, usw.

Hier stellt sich die Frage, wie die SPD-Regierung mit ihrem eigenen Kabinettsbeschluss von 1971 fertig wurde, deutsche Waffen seien, wenn überhaupt, nur an Natostaaten zu liefern? Ganz einfach; in aller Stille hat 1978 der Sicherheitsrat der damaligen SPD-Regierung die Formel „nur in Natostaaten“ zu liefern, ersetzt durch die Gummiklausel „nicht in Spannungsgebiete“. Einzige Bedingung: Die Waffen müssen so beschaffen sein, daß die Empfängerstaaten sie „nicht für innere Auseinandersetzungen“, etwa beim Kampf gegen Aufständische, verwenden können (nach Spiegel 10/78). (Diese Eselsbrücke hat Strauß sich wohl zunutze gemacht, als er in seinem gewohnten Zynismus seinen jüngsten U-Boot-Deal nach Südafrika damit rechtfertigte, daß mit U-Booten schließlich nicht Jagd auf die Schwarzen gemacht würde.)

Der Waffenhändler Strauß im Spiegel vom 17. 7. 78 auf die Frage, was er von dem Prinzip der Bonner Regierung halte, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern: „Ich verstehe überhaupt nicht, was Waffen in Nicht-Spannungsgebieten verloren haben.“

Aber zu Strauß später, bleiben wir noch bei dem Händler Schmidt, dessen Fähigkeit, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, auf Grenzen stößt, und zwar dort, wo Strauß jüngst mit grossem Gefolge aus Industrie und Wirtschaft, unter anderem endlich den Leo II von MBB loswerden wollte, dort wo es für das westdeutsche Rüstungskapital so ungeheuer wichtig ist, Positionen gegen die amerikanische und französische Konkurrenz durchzusetzen. So konnte die Schmidt-Regierung 1978 nur deshalb ihre weiße Weste anbehalten, weil die Saudis ihre Munitionsfabrik bei den Amis kauften. Die Firma Rheinmetall ging damals leer aus, wo sie doch die Genehmigung der Schmidt-Regierung schon in der Tasche hatte. Wie schade!

Warum sind alle so scharf auf das Geschäft mit den Saudis?

Nicht weil die uns andernfalls den Ölhahn zudrehen, wie immer wieder von Waffenhändlern behauptet wird, sondern weil dort unvorstellbar viel Geld ist, und weil die Saudis das Hauptbindeglied für Waffenlieferungen an den Irak sind. Helmut Schmidt hat 1981 als erster den Leopard II aus dem Hause MBB in Ottobrunn bei München „in grober Fehleinschätzung seines Handlungsspielraums den Saudis verbindlich zugesagt“ (Bayernkurier 6. 12. 86). Doch mit den Genossen lief das nicht. Die waren sauer über den Nato-Doppelbeschluss, der sie ihren Wählern erklären mußten. Außerdem gab es dann noch Schmidts Zusage an die Kieler



Kohl todtraurig: Waffengeschäft heute unmöglich!

Howaldts-Werke, zwei U-Boote an das faschistische Chile liefern zu dürfen. Das hat so viel böses Blut in der eigenen Partei gemacht, daß Schmidt schließlich resigniert klein beigeben mußte: Zwei verlorene Weltkriege und die Verbrechen des Naziregimes hätten die Deutschen nun einmal in eine besondere historische Situation gebracht. Deshalb sei es „logisch, daß andere liefern, was wir nicht liefern dürfen“ (Schmidt, Spiegel 42/81). Da half auch die läppische Ausrede von Schiewniski nichts: Wenn die Beschränkungen zum Beispiel gegen Saudi-Arabien fielen, könnte auch an die Befreiungsbewegungen geliefert werden. Aus dem Panzergeschäft für MBB wurde nichts. Auch der andere Helmut, der Kohl, war in Sachen Leopard II als frischgebackener Bundeskanzler Pfingsten 83 bei Scheichs zu Besuch. Er glaubte, einlösen zu können, was seinem Vorgänger nicht möglich war.

Doch auch er kapitulierte schließlich vor den Widerständen der christliberalen Koalition und unter dem Druck der Israelis. Im Oktober 1983 mußte er in Dschidda zugeben, daß er die Wünsche der Saudis nach dem Leo II nicht erfüllen könne.

Im Dezember letzten Jahres gab es schließlich mächtige Aufregung um die Reise von Strauß nach Saudi-Arabien. Ob es ihm gelingt, die Leopards II nun endlich an den Scheich zu bringen, muß man abwarten. Was Strauß aber auf jeden Fall geschafft hat: er hat die „Grundsätze für Exporte von Waffen-ausführung“ neu definiert.

Wie er schon 1978 die Frage gestellt hat, was Waffen in „Nicht-Spannungsgebieten“ verloren haben, so hat er anläßlich des Verkaufs der U-Boot-Konstruktionspläne nach Südafrika erklärt,

daß „am Kap der Guten Hoffnung die Lebenslinien der freien Welt auf dem Spiel stehen“ (Bayernkurier 6. 12. 86) und Saudi-Arabien eine Ordnungsfunktion in der nahöstlichen Krisenregion ausüben müsse. Deshalb läge es im „ur-eigensten Interesse“ unseres Landes, die Saudis zu unterstützen (Strauß nach Taz, 8. 12. 86)

Gegen den Widerstand der Schwesterpartei CDU, die die Waffengeschäfte nach wie vor in aller Heimmlichkeit abwickeln will, fordert er „eindeutige Beschlüsse“ für die derzeit laufenden Koalitionsvereinbarungen. Man müsse „aus der ewigen Ängstlichkeit“ herauskommen (FR 25. 11. 86). Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, forderte, daß die Bundesrepublik 41 Jahre nach Kriegsende auch auf dem Gebiet der Rüstungsexportpolitik ihre Interessen „endlich wie ein souveräner Staat vertreten“ solle (Taz, 15. 12. 86)

Kohl stattdessen ließ bei seinem Gespräch mit dem Mörder Botha im Juni 1984 die Sitzmöbel aus seinem Besuchszimmer entfernen, um so vor der Weltöffentlichkeit seine Distanz zu demonstrieren. Gleichzeitig wurde - wie wir jetzt wissen - genau bei dieser Gelegenheit der Verkauf der Konstruktionspläne verhandelt.

Strauß bezeichnet es als „Heuchelei“, wenn die BRD die Lieferung von Tornados an Saudi-Arabien ablehnt, das Geschäft die Engländer machen läßt und damit mit abkassiert. „Die politischen und wirtschaftlichen Interessen sind nachhaltig geschädigt worden“, sagt Strauß. Es geht ihm nicht nur um das Geschäft, es geht ihm auch um das deutsche Ansehen in der Welt: Als ernstzunehmende, gefährliche Kriegsmacht!

Wer ist der beste Waffenhändler ?

Der, der bei Auslandsreisen die richtigen Schwerpunkte setzt und die richtigen Leute mitnimmt, - vor allem in Spannungsgebieten!

Drei Beispiele: Strauß reiste bereits 1977 mit einem Beauftragten von MBB nach Syrien, das bis dahin seine Waffen weitgehend aus der Sowjetunion bezog und sich nun nach Westen öffnen wollte. Strauß und Begleiter beabsichtigen, ein Geschäft auszudehnen, was über Euromissile, eine Tochter von MBB und dem französischen Waffenkonzern Aerospatiale, schon längst bestand. Für über 500 Millionen Mark waren die Raketen Hot und Milan aus deutsch-französischer Produktion nach Syrien geliefert worden. (Zuletzt half er Syrien bei der Öffnung nach Westen im März 1986)

Oder die China-Reise im Herbst 1985. Strauß hatte damals betont, er sei kein „Reisender in Rüstungsgütern, kein Lobbyist für die Rüstungsindustrie“ (SZ 18. 10. 85). Welch falsche Bescheidenheit! Strauß wurde damals zumindest von den konservativen Medien als „Verkaufskanone“, als der Mann gefeiert, der willens und in der Lage ist, auf dem riesigen sich öffnenden chinesischen Markt den gebührenden Platz für westdeutsche Wirtschaft zu ergattern. Er verkaufte damals neben Wasserstraßen und Brauereien auch Airbusse und - der größte Erfolg - er ebnete MBB den Weg auf dem chinesischen Markt.

Das dritte Reisebeispiel zeigt Strauß' Unverschämtheit oder - wenn man so will - sein diplomatisches Geschick, mit dem es ihm gelang, den „Störfaktor“ Israel auszuschalten. Bei seiner Nahost-Reise im Frühjahr 1985 betonte er noch einmal, daß den Arabern alle Waffenwünsche erfüllt würden und versprach den Israelis ebenfalls alle Waffen, die sie haben wollen. Zum MBB-Konzern bestehen bereits die besten Kontakte, Dann erinnerte er diskret daran, daß er es war, der als Bonner Verteidigungsminister ihnen über Jahre geheime Waffenhilfe geleistet habe.

Außerdem solle Israel „dafür Verständnis haben, daß angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ein Nein der Bundesregierung zu Waffengeschäften beim Bürger kein Verständnis finden würde“. (Spiegel, 9/85) Fertig!

(Es war dies die gleiche Reise, bei der Strauß den Israelis erklärte, er habe nicht gewußt, daß die Familie des ehemaligen Auschwitz-Arzttes Mengele im bayerischen Günzburg eine Fabrik betriebe, die dem „Todesengel“ gehöre.) Diese Skrupellosigkeit, gepaart mit der Unterstützung der Gefolgschaft, der



„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen!“

„Samlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ (Strauß), das ergibt den hochkarätigen Waffenhändler.

Das CSU-Fußvolk wird Strauß nicht in den Rücken fallen. Für viele von ihnen war die Ausrottung der Juden ohnehin nicht vollständig. Und hat nicht der eine oder andere Interessen zum Beispiel in Südafrika zu verteidigen oder am Golf? Oder die nobelpreisverdächtige Friedenstruppe der Berufsvertriebenen, haben die etwas gegen Waffengeschäfte, brauchen sie doch eben diese Waffen gegen das Reich des Bösen!

Noch einige Anmerkungen darüber, was einen guten Waffenhändler ausmacht!

Er sollte die richtigen Beziehungen zu den richtigen Leuten haben. Es ist dem DID-Leser bekannt, welche Freundschaften Strauß mit faschistischen Staatsoberhäuptern in allen Erdteilen pflegt. Wir haben das gesplante Verhältnis des Christdemokraten Kohl zu Botha erwähnt.

Da ergaben und ergeben sich bei dem unkomplizierten Umgang Strauß-Botha sicher bessere Gelegenheiten zum Geschäft. Ein Beispiel, das deutlich Fußspuren von Strauß trägt: Die Firma Rheinmetall wollte 1980 eine Munitionsabfüllanlage nach Südafrika verkaufen, was von der Schmidt-Regierung nicht genehmigt wurde. Als die Anlage dennoch die Hafenstadt Durban erreichte, hatte sie bereits zweimal den Atlantik überquert. Rheinmetall hatte die Schiffsladung auf Bestellung des bayernstämmigen Strauß-Freundes, des Diktators in Paraguay, Strössner, nach Südamerika auf die Reise geschickt. Das Schiff kam nie in

Paraguay an. In Brasilien wurden die Container nach Durban umgefrachtet. Was Strauß damit zu tun hat? Genau weiß man das nicht. Aber was tut man nicht alles unter Freunden?

Ein guter Waffenhändler sollte auch mit Phantasie Mittel und Wege ersinnen, wie die durch historische Zwänge gestörte Waffenproduktion erweitert werden kann. 1984 wurde kurzfristig unter großem staatsmännischen Tamtam die WEU (Westeuropäische Union) wiederbelebt. Der Wiederbelebungsspekt hatte neben der Stärkung Europas im „westlichen Bündnis“ gegen die Konkurrenz der USA noch einen anderen gewichtigen Grund: Die Aufhebung der völkerrechtlichen Beschränkungen, die der BRD die Fertigung von weitreichenden Raketen, Kriegsschiffen von mehr als 3.000 Tonnen und Bombenflugzeugen für strategische Zwecke verboten. Am 27.6.84 wurde dieser Hemmschuh aus der Welt geschafft.

Als weitere Erleichterung für einen ungestörten Waffenhandel sollte auch noch auf Vorschlag von Innenminister Zimmermann '84 in Bonn das „Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen“ fallen. Danach hätte zum Beispiel der Prozeß gegen die Rheinmetall-Manager wegen Waffenschleberei eingestellt werden können. Zimmermann hat sich nicht durchgesetzt. Aber ein Anfang ist gemacht. Man hat den „besten Willen gezeigt“.



Schwarze Bombe, weiße Weste

Wackersdorf 1987: Der westdeutsche Staat erhebt sich in Gestalt seines Vertreters, des Staatsanwalts, zur Anklage. Gegen einen, der sich gesetzwidrig bewaffnet hat: mit einer Schere aus massivem Stahl. Und der westdeutsche Staat in Gestalt eines seiner Richter schickt sich an, den illegalen Waffenbesitzer zu verurteilen. 1987 im oberpfälzer Wackersdorf.

Das geht ja auch nicht an! Eine Schere. Was für eine gemeine unanständige Waffe. Gesetzlich und ehrenhaft in diesem Land ist einzig der Besitz, Gebrauch und Handel mit anständigen Waffen. Vom Kampfhubschrauber aufwärts. Wo immer heute darnach verlangt wird, ob in Chile oder in Südafrika, ob im Irak oder im Iran, oder auf der Bonner Hardthöhe: gebaut, gehandelt und verschoben wird alles, vom U-Boot bis zur Atombombe. Letztere wird u.a. in Wackersdorf gebaut werden. Weshalb das gemeine Volk dort schon jetzt keine Scheren haben darf.

Derweil bereitet das südafrikanische Militär auf der antarktischen Marion-Insel seinen zweiten Atombombentest vor. Der erste verlief bekanntlich zur Zufriedenheit der Rassistengregierung: Am 22.9.79 zündeten sie über den Prince-Edward-Inseln ihre erste Atombombe, Sprengkraft 2 - 3 Tausend Tonnen TNT. Das dafür notwendige hochangereicherte Uran stammte aus der Anreicherungsanlage in Valindaba. Die kompletten Pläne für diese militärische Schlüsselindustrie stammten aus der BRD, von der bundeseigenen Steag (Essen), dem staatlichen Kernforschungszentrum Karlsruhe (Tründsen-Technik) und Linde (Höllriegelskreuth bei München). Die Trennelemente lieferte MAN Augsburg, Spezialkompressoren die Gutehoffnungshütte, Kontrollsysteme Varian MAT (Bremen), Spezialventile die Hanauer Leybold Heraüs, Linde lieferte Gastrenngeräte ... und schließlich übernahm der TÜV Rheinland die Qualitätsprüfung.

Aus dem gleichen Kreis von Firmen stammt das Material, das Pakistan „zwei Schraubenzieherdrehungen“ nah an seine erste Atombombe herangebracht hat, z.B. lieferte die Leybold-Heraüs Vakuumpumpen für die dortige Urananreicherungsanlage, Arbed den für die Zentrifugen erforderlichen Spezialstahl, ... Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Für derlei Geschäfte reist ein Mann herum, der von sich selbst stolz behauptet: 90 % meiner Besucher sind Waffenhändler. Der bester Freund von

P.W. Botha und Zia Ul Haque und all den anderen Schlächtern der Menschheit ist. Der erste Atom- und Kriegsmminister. Aufsichtsrat in der Kriegsindustrie (MBB). Ministerpräsident der Rüstungsschmiede der Nation, Bayern.

Der deshalb dafür zu sorgen hat, daß da niemand mit einer Schere herumläuft, aus massivem Stahl.

1969 hat die Regierung „Mehr Demokratie wagen“ des Willi Brandt den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben.

Mit einer internationalen Kontrollkommission, die die Einhaltung der Verpflichtungen überwachen sollte.

Das Ergebnis von zehn Jahren Tätigkeit dieser Kommission:

Wo auch immer in der Welt reaktionäre Regimes nach militärischer Atomtechnologie verlangen, ist die BRD Adresse Nummer Eins. In einem guten Dutzend Länder ist sie am Aufbau von Bombenbauzentren beteiligt, mitten im eigenen Land hat sie das größte industrielle Zentrum für militärisch relevante Atomtechnologie der Welt aufgebaut, wenn man die entsprechenden Zentren der offiziellen Kernwaffenstaaten einmal wegnimmt und der Ausbau geht rasend voran.

In dem geheimen Bunker dort in Hanau hat der westdeutsche Staat über all die Jahre „strategische Vorräte“ angehäuft von dem Stoff, aus dem die Bomben sind: Plutonium. Wieviel, das weiß außer ein paar militärischen Geheimnisträgern des Bonner Kriegsministeriums niemand, erst recht nicht die internationale „Kontrollkommission“. Zutritt dorthin hat sie noch nie gehabt, wie die IAEA (Internationale Atomenergie-Behörde) Anfang '86 erstmals offiziell zugegeben hat. Was bilden die sich denn auch ein! Wallmann, BRD-Minister für Umwelt: Aus Sicherheitsgründen ist die Regierung nicht bereit offenzulegen, wieviel Plutonium in Hanau nun tatsächlich eingebunkert ist und für welche Zwecke. Basta.

Der Erzkonkurrent auf der anderen Seite des Atlantiks, eigentlicher Akteur hinter der Maske der „internationalen“ Kontrollkommission, hat seine Nase schon lange nicht mehr in die Angelegenheiten seines Ex-Nachkriegs-Schützlings zu stecken. Schon 1965 nicht mehr, als sie den ersten Vertragstext für den Sperrvertrag vorlegten. Weshalb nach jahrelangen Verhandlungen darin mehr Löcher als Sperrn waren. Von der Zwangsjacke war nur die weiße Weste übrig geblieben. Von der sich bis heute so viele

narren lassen.

Heute, wo die BRD auf den Märkten der Welt kapitalistische Wirtschaftsmacht Nummer Zwei geworden ist, können die USA erst recht nur noch hilflos zuschauen, wie in Wackersdorf die industrielle Produktion von drei Tonnen Plutonium (Material für gut 400 Atomspengköpfe) jährlich vorbereitet wird. David Albright, Mitglied der Arbeitsgruppe „Nuclear Explosives Control Policy Working Group“ mußte im Dezember 1985 vor dem US-Kongreß resigniert feststellen, „daß die US-Regierung nur wenig machen könne, um die Pläne der Deutschen „herunterzufahren“. „Aufhalten können sie nichts: „It can't stop anything“. Die weitere Atomaufrüstung der Supermacht BRD aufzuhalten, das kann kein internationaler Vertrag, kein Gesetz und keine Regierung. Das können nur wir selbst.

„Wir werden unseren wiedergewonnenen Platz als führende Wirtschaftsnation nur dann behaupten können, wenn wir in Atomwissenschaft und Atomtechnik gegenüber den anderen Industrienationen konkurrenzfähig werden“, manifestierte der erste Atomminister der wieder „führenden Wirtschaftsnation“, Strauß, im Auftrag seiner Herren aus der Industrie 1956.

Anfang dieses Jahres hat Siemens beschlossen, ihre „Tochter“ KWU aufzulösen, den einzigen verbliebenen Monopolisten unter den Herstellern von Kernkraftwerken in Westdeutschland. Grund ist u.a. die miese Auftragslage. In den letzten 10 Jahren konnten gerade ganze 3 Aufträge von Energieversorgungsunternehmen aus dem Inland verzeichnet werden, mit dem Export von Reaktoren zur Stromgewinnung steht es nicht viel rosiger. In der Bilanz der KWU drückt sich das durch einen Umsatzsturz von 11 auf 3 Mrd. DM im vergangenen Jahr aus. Die Konkurrenz aus den USA konnte ebenfalls in den letzten zehn Jahren keinen einzigen Reaktor in ihrem Land losschlagen.

Die Zeiten, wo der Wettkampf um die „führende Wirtschaftsnation“ auf dem Gebiet der Atomenergie in Gestalt „friedlicher“ Produktion ausgetragen wurde, ist vorbei. Wie auf so vielen anderen Gebieten.

Der Markt verlangt nach Waffen.

Die Nukem, gemeinsam mit Siemens „Mutter“ der Plutoniumfabrik Alkem in Hanau hat im gleichen Zeitraum, als bei der KWU die Lichter ausgehen, einen Neuauftragszuwachs von satten 50 % verbuchen können.

Der Markt verlangt nach Waffen, nicht nur wenn es um die Atomindustrie geht. So bauen eben die Werften im Norden keine Tanker und Frachter, sondern Fregatten und U-Boote, und

Siemens, MBB, MTU, Krauss-Maffei ... in München statt Eisenbahnen Kampfpanzer. Der Markt erfordert es.

Und der Zeitpunkt rückt unübersehbar näher, wo der Kampf um den Platz als „führende Wirtschaftsnation“ auch nicht mehr über den Verkauf von Waffen entschieden werden können wird, sondern durch ihren Gebrauch.

Und deshalb ist für Strauß die WAA so wichtig. Deshalb muß - zum Teufel mit den Wählerstimmen - eine ganze Region zum Notstandsgebiet gemacht

werden. Probalher für den kommenden Ernstfall.

Quellen:

- Wolff Geißler, Referat auf der Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany“, 6. - 8.10.85, radi aktiv 4/85

- K.P. Klingelschmitt: „Plutoniumfabrik ALKEM „out of control““, taz 14.11.86

- Peter Scheinost, „... von der Bombe nur 2 - 3 Monate entfernt“, DID Nr. 61, April 86

CSU = Parlament Parlament = CSU?

Am 30. Oktober 1986 bewies Strauß der ganzen Republik, daß er ohne nennenswerten Widerstand die Gebote der Verfassung brechen kann, wie es ihm gerade paßt.

Gegen das ausdrückliche Gebot der Bayerischen Verfassung setzt Strauß in das Staatsministerium des Innern nicht einen sondern zwei Staatssekretäre. Der eine heißt Dr. Rosenbauer und der andere Peter Gauweiler. Letzterer soll offensichtlich freie Hand haben für den weiteren Ausbau des bayerischen Polizeiparates, und den weiteren Abbau der Demokratie. Er soll sich ganz auf das konzentrieren können, was er in München bereits vorexerziert hat. Natürlich hielt es Strauß nicht für nötig, diesen klaren Verstoß gegen die Bayerische Verfassung auch nur im geringsten zu begründen.

Im Gegenteil, er verhält sich gegenüber den Kabinettsmitgliedern und den Landtagsmitgliedern (sowohl CSU als auch SPD und Grüne) so wie er es mit seiner Partei gewohnt ist umzuspringen: Strauß befiehlt, und alle müssen folgen.

Gegen die Bayerische Verfassung erfolgte auch die gleichzeitige Sammelabstimmung über die Teilung des ehemaligen Kultusministeriums von Maier, für das der Landtag um seine eigentliche abgetrennte Zustimmung gar nicht mehr gefragt wurde. Die Geschwindigkeit der Abstimmung muß

sogar die Minister selbst überrascht haben, die meisten sollen knapp fünf Minuten vorher erfahren haben, daß sie entweder Minister bleiben oder es werden oder es nicht mehr sein würden. Die Zustimmung des Landtags dazu war weder gewünscht noch gefragt.

An sich überrascht diese Verhaltensweise von Strauß nicht, aber die Verfassung anzugreifen, die parlamentarischen Spielregeln offen zu brechen, ist ein weiterer Angriff auf die bürgerliche Demokratie, auf die Rechte der Bevölkerung. Der Sinn der Verfassung ist, die Rechte der Minderheit vor der Mehrheit formal zu wahren, den Bürger vor einigen Staatsübergreifen zu schützen. Umso schlimmer ist es, daß SPD und Grüne die geringste Gegenwehr geleistet haben, daß sie sanft einschliefen, als es um die Abstimmung ging.

Die Grünen baten die CSU einige Tage später auch noch darum, diesen Verfassungsbrüchen wenigstens nachträglich formal zu ihrer Legitimation zu verhelfen.

Der Leiter der Staatskanzlei und Sonderminister Edmund Stoiber sagt offen, was er von der Verfassung hält: Da diese sich „ja nur so schwierig durch Volksentscheide ändern lasse, sei sie, in besonderem Maße elastisch zu lesen ... soweit nicht die freiheitlich demokratische Grundordnung in Frage steht.“ (SZ 1.12.86)

Was will Strauß?

Von Strauß weiß man, daß er jeden, der nicht aufs Wort gehorcht aus dem Weg räumt. Zuvor aber muß der Betroffene gegenüber seinem Herrn eine demütige Ergebniserklärung abgeben. Das ist nichts Neues. Wer Strauß Ärger bereitet, bekommt Ärger. Opposition hat es innerhalb seiner Partei nicht zu geben. Der Parteiapparat läuft zwar nicht nach demokratischen Maßstäben, dafür aber wie geschmiert.

Genauso stellt er sich das wohl für den Landtag vor. Sein Wille soll geschehen und seine Gehilfen sorgen dafür, daß die Opposition nichts mitzureden hat. So geschehen mit den Grünen und der SPD, die vom juristischen Dienst im Landtag ein Gutachten zu den Vorgängen vom 30.10. verlangten. Dieses Verlangen wurde abgelehnt, obwohl der juristische Dienst allen Parteien dienen soll.

Aus Sicherheitsausschuß und Innenpolitik ausgeschlossen!

Am 13. November hat das Parlament mit CSU-Mehrheit eine Erweiterung des Sicherheitsausschusses (sowie des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Europafragen) um je einen Sitz für die Grünen abgelehnt.

Da es im Gegensatz zum Bundestag keinen Innenausschuß gibt, heißt das, daß der Sicherheitsausschuß der Ausschuß für die gesamte Innenpolitik ist. Damit sind die Grünen nicht nur von den Sicherheitsfragen ausgeschlossen, sondern von allem, was Innenpolitik oder Innenministerium betrifft - und dort sitzt bekanntlich Gauweiler.

In der Landtagsdebatte erklärte der CSU-Fraktionsvorsitzende Tandler, warum das nicht sein darf. Er will nämlich nicht, „die bayerische Polizei auch durch die Grünen kontrollieren lassen.“ Denn „was vor 20 Jahren für eine radikale rechte Partei gegolten habe, das müsse heute auch für eine radikale linke Partei gelten, sagte Tandler.“ (SZ). Wer Demokrat ist und wer nicht, bestimmt die CSU.

Tatsächlich muß man der CSU bescheinigen, daß sie wirklich alles unternimmt, um die Opposition an der Ausübung ihrer parlamentarischen Aufgaben zu hindern. Nach dem Motto, wer nichts weiß, der kann auch nicht gefährlich werden, handelt die CSU.

So ist es nur folgerichtig, wenn in einem Schreiben vom 11. November auf die Anfrage, ob Beamte der Staatsregierung an den öffentlichen Sitzungen der Fraktion der Grünen teilnehmen könnten, bzw. sollten, die Antwort lautet: „Das Kabinett war einhellig der Auffassung, daß



Beamte keinesfalls an den öffentlichen Fraktionsitzungen der Grünen teilnehmen sollten, und daß auch Einladungen zu anderweitigen Sitzungen der Grünen äußerst restriktiv zu handhaben seien ...“ (SZ 3.1.87).

Dieses Rundschreiben erging vom Landtagsbeauftragten Hubert Hierl, an seine sämtlichen Kollegen aus den üblichen Ressorts, deren Aufgabe es eigentlich sein sollte, den Kontakt zwischen Parlament und Staatsregierung aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck Informationen und Wünsche in beiden Richtungen zu übermitteln.

Auch den Sozialdemokraten erging es in der Vergangenheit in dieser Frage nicht besser.

Wohl gibt es da den Art. 96 BV, der eindeutig festlegt: „Die Beamten sind Diener des ganzen Volkes, nicht einer einzelnen Partei ...“, das aber schert die CSU nicht und einen Stoiber schon gleich gar nicht, der sowieso der Meinung ist, daß die Verfassung besonders elastisch zu handhaben sei.

Strauß hält sich auf diese Art natürlich möglichst „viel Ärger“ vom Leib. Die Opposition soll eben am besten nichts zu sagen haben.

Damit im Parlament wirklich alles nach Plan läuft, hat er am 30. Oktober das Kabinett in Ordnung gebracht, gesäubert. Der Kirchenfreund Maier,

der angeblich der katholischen Geheimorganisation Opus Dei sehr nahe steht, mußte weichen und wurde durch die Straußzöglinge Wild und Zehetmair ersetzt.

Der uns besonders durch sein Strategiepapier gegen die Gewerkschaft und seinen Kampf für die Reinheit des Rundfunks bekannte Stoiber wurde Minister für „besondere“ Aufgaben. Lang bekam zur Unterstützung seiner Polizeiaktionen gleich zwei Staatssekretäre, Rosenbauer und Gauweiler.

Als ehemaliger Kreisverwaltungsreferent in München stellte Gauweiler seine Fähigkeiten unter Beweis. Dafür erhielt er den Titel „Saubermann“: Mit unnachgiebiger Härte lenkte er in München die Probleme der Stadt auf Ausländer, Prostituierte und Wohnsitzlose ab. Mit diesen Themen kochte er die Stimmung unter der CSU-Anhängerschaft hoch und holte immer mehr Polizei und Schwarze Sheriffs nach München. Polizeirazzien bei Linken, Verbote von Demonstrationen und Kundgebungen vielen ganz nebenbei an.

Das Ziel heißt Bonn

Im Innenministerium scheint Gauweiler als Staatssekretär nur formal zur Unterstützung Langs da zu sein. Doch wie so oft trägt der Schein, denn gerade in letzter Zeit läßt die Politik Gau-

weilers die Vermutung aufkommen, daß er auch zur Kontrolle von Zimmermann da ist. Wie er in München aufgehört hat, so macht er als frischgebackener Staatssekretär weiter. Nämlich als der „Saubermann“. So startet er als erstes vehemente Angriff auf die Bundesgesundheitsministerin Süßmuth. So muß seiner Meinung nach die lasche Behandlung der AIDS-Gefahr dem bayerischen Stil weichen. Er fordert ein entschiedenes „Eintreten für eine bundeseinheitliche Anwendung des Bundesseuchengesetzes und insbesondere ... eine Meldepflicht der vom HIV-Virus Befallenen ...“. Strauß und Gauweiler sind sich einig. Strauß: „Für uns sind gewisse Vorstellungen der Frau Bundesgesundheitsministerin unannehmbar.“ (FZ 17.2.87). Hemmungslos spielt Gauweiler mit den Gefühlen der Menschen und treibt sie so in eine noch größere Hysterie, die nichts anderes bewirkt, als daß die von AIDS Betroffenen (schon heute in der Gesellschaft isoliert) von der Gesellschaft als Feind Nr. 1 betrachtet werden, gegen die man sich mit allen Mitteln zu wehren hat.

Was daraus entstehen kann, kennen wir aus der Geschichte zur Genüge. Strauß und Gauweiler, die sich hier besonders exponieren, ist nichts zu billig und sie kennen keine Hemmungen, wenn es um die bayerische Linie für Bonn geht.

Strauß in Aktion

Prozesse, die durchgeziegelt werden (Straußens „braune Vergangenheit“)

Laut SZ vom 31. 10. 86 wurde die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ) wegen über Nachrede und Vernachlässigung der journalistischen Sorgfaltpflicht vom Amtsgericht Neuss zu 2.100,00 DM Strafe verurteilt.

In der UZ vom 19. 12. 84 sei behauptet worden, Strauß sei ein „zuverlässiger Streiter für den Nazi-Staat“ gewesen und als „Beamter auf Lebenszeit bot Strauß natürlich Gewähr, jederzeit für den nationalsozialistischen Staat einzutreten“. Die UZ berief sich dabei auf Straußens Zeit als „Offizier für wehrgeistige Führung“ und „weltanschaulicher Referent“.

Strauß sieht das etwas anders. Er versicherte in seiner Zeugnisaussage, daß er nach seiner inneren Überzeugung immer ein Gegner des Nazi-Regimes

gewesen sei. Wenn Strauß das so sieht, dann darf niemand das Gegenteil behaupten. Also begründet das hohe Gericht, daß es nicht darum gehe, ob Strauß eine „braune Vergangenheit“ habe, sondern, daß der Artikel in der UZ geschrieben wurde, um Strauß zu Unrecht in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. „Ein Anruf bei der Bayerischen Staatskanzlei hätte genügt, die Fehler aufzuklären“, meinte der vorsitzende Richter.

Wir bedanken uns bei Bernt Engemann, der der Geschichte auf den Grund gegangen ist und Straußens Vergangenheit in seinem 1986 neu erschienenen Schwarzbuch veröffentlichte. Danach trat Franz Strauß (damals noch ohne „Josef“) am 1. 11. 37 dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ (NSDStB) bei. Im

Gegensatz zur „Deutschen Studentenschaft“ war der NSDStB eine Elite-Organisation der Partei. Die maximale Mitgliederzahl war bereits 1934 auf 3000 begrenzt, ab 1938 gab es einen totalen Aufnahmestopp. Seit dem 1. 5. 1937 war Strauß bereits „weltanschaulicher Referent und Rottenführer beim Sturm 23/M86“ des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps. „Jedenfalls mußten ‚weltanschauliche Referenten‘ des NSKK ‚einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten‘ sein“ (Bernt Engemann, Schwarzbuch, Verlag Steidl, DM 7,80). Wahrscheinlich im Jahr 1943 wurde Strauß „Offizier für wehrgeistige Führung“ in der Flakartillerieschule IV in Altenstadt. ♦

Prozesse, die „vergessen“ werden (weil: Geld stinkt nicht)

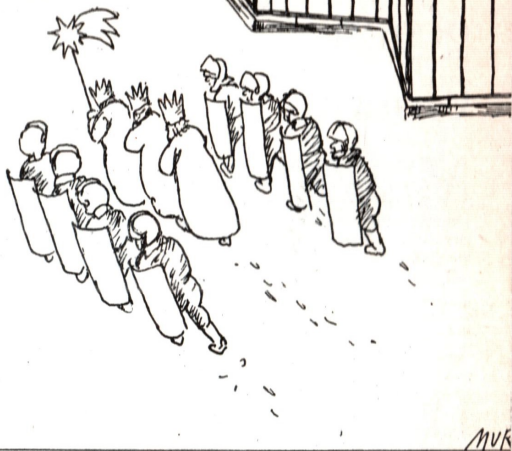
Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen sechs verantwortliche Mitarbeiter der Dresdner Bank gegen ein Bußgeld von 800.000,00 DM eingestellt. Bei den Ermittlungen ging es um rund 10 Millionen Mark, die die Dresdner über „Spenden-Waschanlagen“ den Parteien zugebuttert hatte. Die Staatsanwälte nahmen „geringes Verschulden“ (Paragraph 153 a) an. (FR 4. 11. 86)

Noch weiter im Vorfeld wurde die Deutsche Bank entlastet. Wegen Verjährung wurde das Verfahren gegen den dicksten bekannten Spender (etwa 25 Millionen Mark) eingestellt. Zuerst hatte sich die Deutsche Bank mit einer Selbstanzeige und „freiwilligen“ 13 Millionen an's Finanzamt aus der Schlinge zu ziehen versucht. Tatsächlich wollten die Frankfurter Staatsanwälte das Verfahren auch bereits ein-

stellen, da schob die ermittelnde Behörde einen Fuß zwischen die Türe. Sie hatte bereits vor der Selbstanzeige die Geschäftsräume der Deutschen Bank durchsucht, und damit war die Möglichkeit einer Selbstanzeige hinfällig. Keiner weiß weshalb, aber irgendwie hatte dann die Frankfurter Strafverfolgung ein Einsehen und trotz angeblich mehrfacher Hinweise aus dem hessischen Justizministerium den Verjährungstermin einfach verpaßt - sowas Dummes. (TAZ 3.12.86)

Prozesse, die gar nicht soweit kommen (weil: es geht ja nur um Proleten)

Die „Metall“ vom 5. 12. 86 berichtet, daß ein Verfahren gegen den Zeitungsverleger eingestellt werden soll, der während des Arbeitskampfes 1984 den Streikposten und Stuttgarter Sekretär der IG Druck und Papier, Horst Bekel, überfahren und lebensgefährlich verletzt hatte. Am 12. August 1985 hatte das Amtsgericht Stuttgart die Eröffnung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit abgelehnt. Die Entscheidung war nach erheblichem Protest der Gewerkschaften vom Landgericht Stuttgart korrigiert worden. Ein gutes Jahr später haben sich Staatsanwälte und Amtsgericht Stuttgart untereinander geeinigt. Das Verfahren soll wegen geringfügiger Schuld des Streikbrechers und deshalb geringem öffentlichen Interesse einfach eingestellt werden.



In der Oberpfalz

Wende in der Außenpolitik

Waren Kohls Vergleiche Gorbatschow/Göbbels, KZ/DDR-Gefängnisse Ausrunderer einer Birne? Es gibt auf jeden Fall Kräfte innerhalb der CDU/CSU, die einer schärferen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion das Wort reden. CSU-General Tandler und der CSU-Landesgruppenchef in Bonn, Waigel, kündigten für einen Wahlsieg Koalitionsgespräche an, die die „Entspannungspolitik der 70er Jahre“ endlich beenden sollen. Waigel plädierte für eine „realistische Entspannungspolitik, die auf die Spannungsursachen eingeht“. (FR 8. 1. 87) Für die CSU ist die weltweite Spannungsursache von Afghanistan bis Südafrika nur eins: der Kommunismus.

Aus dieser Sicht ist es konsequent, daß Strauß vorgeschlagen hat, den Frie-

densnobelpreis den Vertriebenen zuzusprechen, denn auch das Wort „Frieden“ hat bei der CSU eine besondere Bedeutung. (SZ 13. 1. 87) Danach ist es eben besonders friedlich, die Ostverträge in Frage zu stellen, die „Deutsche Frage“ als offen zu erklären, die DDR nicht anzuerkennen und gegenüber Polen zu behaupten, daß sie unrechtmäßiger Weise auf deutschem Grund und Boden in deutschen Höfen sitzen. Konsequenz ist auch, daß Strauß als Hauptredner beim „Deutschlandtreffen“ der Schlesier im Juli sprechen wird. Thema des diesjährigen Treffens: „Mit uns für Schlesiens Zukunft“. (FR 16. 1. 87)

Weniger konsequent scheint auf den ersten Blick, daß sich Strauß in einem SZ-Interview abfällig über Kohls Zitate

geäußert hat. Dies könnte man noch mit seiner insgesamt abfälligen Meinung über Kohl erklären. Doch Strauß' Stellungnahme zur weiteren Ostpolitik weicht auch deutlich von Waigels Vorstoß ab: „Aber, nachdem man sich im Verhältnis zur DDR - da war nicht ich der Initiator - für die ‚weiche Gangart‘ entschieden hat, was seine guten Gründe hat, dann muß man der gewählten Strategie auch treu bleiben, ohne sich selbst untreu zu werden.“ (SZ 16. 1. 87)

Ein seltenes Strauß-Lob für SPD-Politik. Seit den Ostverträgen ist der Handel mit der Sowjetunion und den „Ostblockstaaten“ in Schwung gekommen. Neben dem rein profitablen Hintergrund dieses Handels sah Strauß schon immer auch den „Kampf gegen den Kommunismus“: mit den Mitteln der Ökonomie die Sowjetunion weickklopfen. Noch muß wohl der Kampf gegen die Sowjetunion auf diese Art geführt werden. Doch die ersten Zeichen stehen bereits auf Sturm.

Die ZEIT einmal zustimmend zitieren zu können ist selten, denn „zwischen den Stühlen sitzt der Liberale - auf seinem Sessel“ (Arnfrid Astel), ruft zur Wahl der FDP auf, und wenn er gar noch Feuilletonist ist, fällt ihm die Gefahr Strauß erst auf, wenn er sich an der Kultur statt harmlos an Demokratieabbau, Waffenhandel, Kriegsvorbereitung zu schaffen macht.

Strauß & Denunzianten

Stänkern gegen Goethe

Man glaubt es kaum: Nun begeben sich Franz Josef Strauß und seine CSU schon auf das Niveau von Denunzianten und Schmieranten anonymer Briefe. Wie angeschossen muß der Platzhirsch einer sich christlich, einer sich sozial nennenden Partei sein, wenn er gegen das ungeliebte Goethe-Institut, gegen die verhaßte F.D.P., deren Außenminister für die Kulturpolitik im Ausland verantwortlich ist, so auskeilt. In jeder sauberen demokratischen Gesellschaft wäre ein Politiker erledigt, der denunziatorische Post von unbekannter Hand nicht gewirft, sondern liest und verbreitet.

Aber vielleicht ist der/sind die Schreiber dem Ober-Außenminister aus der bayerischen Provinz gar nicht so unbekannt? Das muß man fast argwöhnen, wenn man sieht, wie der CSU-Vorsitzende, rechtzeitig zum Beginn der Koalitionsverhandlungen in Bonn, die ihn an einen Tisch mit dem gern geschmähten Vorsitzenden der Liberalen nötigen, einen Brief an die Öffentlichkeit lanciert.

Ausgerechnet die Rechts-Postille *Deutschland-Magazin* druckt ein Schreiben von Strauß an den nicht wieder gewählten CSU-Abgeordneten Kreile, in dem er unbewiesene Behauptungen eines anonymen Schreibers aus Athen kolportiert und von „linksextremen, geradezu deutschfeindlichen Aktivitäten verschiedener Lehrer“ am dortigen Institut faselt. Beweise? Interessieren den schwarzen Saubermann nicht, der dabei ist, mit seinen von jeder Kenntnis unbelasteten Angriffen auf das Goethe-Institut deutschlandfeindlich aktiv zu werden. Daß das Institut („obwohl anonyme Zuschriften grundsätzlich keine Behandlung verdienen“, belehren die Kultur-Leute den skrupellosen Politiker) die Vorwürfe schon vor drei Monaten widerlegt hat, zählt nichts, wenn Strauß das

Goethe-Institut in der Öffentlichkeit miesmachen kann.

Worum es Strauß und seinen Mannen geht, das offenbart der nun publik gewordene Brief mit schöner Offenheit: Sie wollen den Präsidenten des Institutes endlich weghaben, Klaus von Bismarck, der Liberalität und Unabhängigkeit des Kulturinstitutes konziliant, doch unbeirrbar verteidigt, gerade auch gegen die Finsterlinge der CSU. „Es ist wichtig“, orakelt Strauß, „jetzt schon in der Nachfolgefrage im Amt des Präsidenten des Goethe-Institutes Weichen zu stellen, damit sie in unserem Sinne gelöst wird.“

In unserem Sinne . . . Bei der „Ratten- und Schmeißfliegen“-Partei CSU, die einen ihrer wenigen vorzeigbaren intellektuellen, den Kultusminister Hans Maier, aus dem Kabinett drängt, damit er schlichten Gemütern wie Straußens Nachfolgern in Partei und Regierung, Stoiber und Tandler, nur ja nicht gefährlich werden kann, darf man da erschrecken.

Schon erschrickt das Ausland. Die größte Tageszeitung Schwedens, *Dagens Nyheter*, wundert sich am 21. Januar über

den wachsenden Druck der „Wende“-Politiker auf das Goethe-Institut. Wenn nur noch für die Bundesrepublik „geworben“ werden darf, wie Strauß fordert, der die „hellen und festlichen Farbtöne“ vermißt, die doch gerade er verfinstert, dann „können die Goethe-Institute . . . zumachen.“ Und die Zeitung fragt, ob „diese Kulturan-schauung, die sich unter . . . Kohl immer stärker ausbreitet, tatsächlich so zynisch ist oder aber nur ahnungslos, ängstlich und kurzsichtig. Es ist in jedem Fall eine wahnwitzige Kulturpolitik.“

Rolf Michaelis

DIE ZEIT - Nr. 8 - 13. Februar 1987



Kulturkritiker Strauß mit Kulturträgern

Heraustreten „aus dem Schatten des Dritten Reiches.“

Wie das konkret aussieht, demonstriert Strauß durch sein Verhalten bei der Finanzierung der deutsch-polnischen Jugendbegegnungstätte Auschwitz.

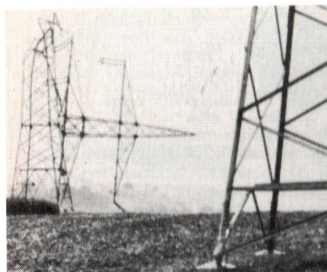
Als einziges Bundesland weigerte sich der Freistaat Bayern, die auf ihn entfallenden 180.000 DM zur Finanzierung beizusteuern. Während andere unionsregierte Länder zahlten, sicher eher aus Opportunismus denn aus Überzeugung, hielt die CSU mit ihrer

Meinung nicht hinter dem Berg, daß ihr das ganze Konzept nicht passe, weil es inhaltlich nach rückwärts und nicht in die Zukunft gerichtet sei.

Für den „aufrechten Gang durch die Geschichte“, nach Strauß'scher Art, ist eine Jugendbegegnungstätte am Ort des ehemaligen Nazi-Vernichtungslagers reichlich überflüssig! Sie steht stramm im Schatten des Dritten Reiches.

Strauß über Mastensäger

„Es gibt keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen. Wer einen Strommast umsägt, wer Anschläge auf Bahnstrecken verübt, ist kein Idealist, der nur Gewalt gegen Sachen anwendet. Er ist ein Verbrecher, der bewußt den Tod von Menschen in Kauf nimmt.“ (Strauß in Blickpunkt Bayern 1/87)



Grundgesetz Artikel 16 bleibt auf der Abschußliste

„Damit unsere Aufnahmefähigkeit für Asylsuchende auch für die Zukunft gesichert bleibt, muß der Mißbrauch der Asylgewährung wirksam verhindert werden. Deshalb muß der Artikel 16 des Grundgesetzes so umgestaltet werden, daß Bundestag und Bundesregierung den nötigen Handlungsspielraum erhalten, mit dem sie die Probleme des Asylbewerberzustroms dauerhaft lösen können.“ (Strauß in Blickpunkt Bayern 1/87)

Lichte Engel

„Rechts von uns darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“, sagte Strauß vor den Landesdelegierten seiner Partei. Um Schönhuber das Wasser abzugraben, soll die CSU sich deutlicher und noch stärker zur deutschen Geschichte bekennen. Die Deutschen dürften „nicht dauernd als die Schurken der Weltgeschichte dastehen“, sagte der CSU-Vorsitzende. Es müsse auch Schluß sein damit, daß man die deutsche Geschichte „nur als Kette von Fehlern und Verbrechen“, die Kriegsgegner als „lichte Engel“ darstelle. Das könne man 40 Jahre nach Kriegsende „nicht mehr endlos fortsetzen“. Strauß wandte sich gegen „Demütigungen, aber auch Selbstdemütigungen der Deutschen“ ... (FR 10. 11. 86) Dem ASK war bisher gar nicht aufgefallen, daß z. B. der Kriegsgegner Sowjetunion endlos als lichter Engel dargestellt wird.

Abreibung für Börner ...

In einem Brief an den hessischen Ministerpräsidenten hat Strauß verlangt, daß die bayerische Linie im Demonstrations-Verboten auch in Hessen beherzigt wird. Der „Linie des Gewährlassens bei gewalttätigen Demonstrationen“ stellt er die jüngsten Demonstrationsverbote in Bayern als löbliche Alternative gegenüber.

Insbesondere wurmt es Strauß, daß Börner sich auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beruft, nach der die Demonstrationsfreiheit nicht eingeschränkt werden darf, weil sie elementarer Bestandteil der Demokratie sei.

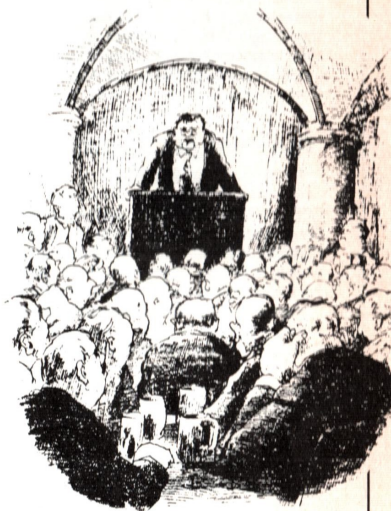
»Demokratieverständnis und Toleranz enden dort, wo sich Leute durch unsere Argumente nicht überzeugen lassen.«

Kurt Halbritter

Zweimal?

„Die ewige Vergangenheitsbewältigung lähmt ein Volk. Wir sind eine normale tüchtige Nation, nur hatten wir zweimal schlechte Politiker an der Spitze des Landes.“ (Wahlparteitag CSU, München, September 1986)

Strauß meint wohl daß wir zwei Kriege verloren haben - mit guten Politikern wäre der Fehler nicht passiert.



Im Weltraum keine Subunternehmer werden

Strauß auf einem Strategiesymposium der Hans-Seidl-Stiftung: „Auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrttechnik müßten die Europäer sowohl den Wettbewerb als auch die Zusammenarbeit mit den Amerikanern suchen, forderte der bayerische Ministerpräsident. Europa dürfe bei der friedlichen Nutzung des Weltraums nicht zum bloßen Subunternehmer der USA werden. Deshalb sei auch eine europäische Mitarbeit am amerikanischen SDI-Projekt unbedingt notwendig. Die strategische Verteidigungsinitiative sei die Technik des 21. Jahrhunderts, sagte Strauß. Ob das Weltraumprojekt auch militärisch sinnvoll sei, werde sich dagegen erst in den nächsten 10 Jahren zeigen.“ (SZ 19. 11. 86)

Strauß bestätigt Erfolg der Anti-Strauß-Bewegung

Im Hinblick auf seine politischen Zukunftswünsche in Bonn bedankte sich Strauß nachträglich beim Anti-Strauß-Komitee: „Wenn die bürgerlichen Wähler“, sagte Strauß rückblickend auf das Jahr seiner Kanzlerkandidatur, 1980, „ihre wahren Interessen erkannt und sich nicht von dem Anti-Strauß-Klischee, das ein Teil der Medien produziert hat, hätte benebeln lassen, dann wäre schon 1980 eine konkrete Chance (die Wahl zu gewinnen) gewesen“. (SZ 22. 11. 86), dort zitiert aus: Die Kanzlermacher, Verlag Haase & Köhler, Mainz)

Das rechte Klima für Parteineugründungen

München - Der Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung“ Gerhard Frey hat eine neue Partei, die „Deutsche Liste“, gegründet. Darin sollen „alle nationalbewußten Deutschen gesammelt werden“.

München - Der Bund der Heimatvertriebenen erwägt die Gründung einer eigenen Partei, da „eine Mehrheit der CDU die Ostgrenzen endgültig“ akzeptiere. Er fordert die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und Einsatz für die „Volksgruppenrechte der Deutschen in den Ostgebieten“. Das bedeutet Geistesbrüderschaft mit Strauß, der den Bund der Vertriebenen kürzlich, mit Czaja an der Spitze, ernstlich für den Friedensnobelpreis vorschlug.

Die Post als Verteiler der NPD

Während die Post die Zustellung von Sendungen mit einem durchkreuzten Kernkraftwerk auf der Vorderseite ablehnte, weil das gegen den § 13 der Postordnung verstoße, der politische Äußerungen auf der Anschriftenseite eines Briefes verbietet, wurden aber Briefträger in Ennepetal/Ruhr gezwungen, eine Wurfsendung der NPD mit dem Aufmacher „Deutschland den Deutschen“ auszutragen.

Annäherung unerwünscht

„Reykjavik war kein Mißerfolg“. Strauß versucht gar nicht erst, auf dem Wahlkongreß der CSU im November 86 seine Freude darüber zu verhehlen, daß Reagan und Gorbatschow keine Unterschriften geleistet haben, „die für uns problematisch wären.“

Schon im Vorfeld der Verhandlungen tat Strauß alles andere, als die beiden Großmächte zur Annäherung zu mahnen oder als „Vermittler“ zwischen ihnen aufzutreten, was bei diesen Anlässen bisher immer zur Pflichtübung westdeutscher Politiker gehört hat.

Allen Reden von Abrüstung zum Trotz machte Strauß die Interessen seiner eigenen Hintermänner zum Thema und hinterließ damit nicht gerade den Eindruck von treuer Gefolgschaft gegenüber den USA: „Die Europäer müssen aufpassen, daß die USA bei der Abrüstung nicht Lösungen annehmen, die für sie ohne Risiko sind, aber für die europäische Sicherheit problematisch sein könnten.“ (Strauß auf dem „Wehrpolitischen Kongreß der CSU“



in München, lt. MZ vom 27.10.86).

Aus Furcht, die beiden ganz Großen könnten sich in Reykjavik tatsächlich näher kommen und womöglich sogar Vereinbarungen treffen, beeilte sich Strauß, dagegen zu intervenieren: er trat entschieden gegen die Beseitigung von Mittelstreckenraketen auf, nachdem absehbar war, daß sich Reagan und Gorbatschow prinzipiell über den vollständigen Abbau der „Pershing 2“ und der Cruise Missiles auf westlicher und der SS-20-Raketen auf östlicher Seite in Europa einigen wollten. Diese „Null-Lösung“ dürfe nicht zustandekommen, ohne daß gleichzeitig die UdSSR dazu verpflichtet würde, auch die Kurzstreckenraketen abzubauen. (Reagan und Gorbatschow hatten sich dahingehend verständigt, über die Kurzstreckenraketen erst anschließend zu verhandeln). Um in die laufenden Verhandlungen einzugreifen, war Strauß auch das Mittel der Androhung von tiefgreifenden Konsequenzen gerade recht: er drohte mit einer zweiten Nachrüstung, eben mit atomaren Kurzstreckenraketen, wenn seine Forderungen unerhört blieben: „Entweder müssen die Kurzstreckenraketen einbezogen werden, oder wir müssen in Europa, auf europäischem Boden, eine gleichwertige Nachrüstung vollziehen.“ (Der Spiegel Nr. 49/86).

Fraglich dabei ist, wie sehr es Strauß überhaupt um diese spezielle Waffen-

gattung ging (auch wenn er in einem SZ-Interview die „Null-Lösung“ als „fragwürdig von Anfang an“ bezeichnete - SZ vom 16.1.87). Immerhin war die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen nämlich vor nicht allzu langer Zeit die Bonner Lieblingsformel und es wurde sogar als ein besonderes Bonner „Verdienst“ gefeiert, daß 1981 „den USA die Null-Lösung als Verhandlungsziel bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen aufgedrängt“ werden konnte. (Der Spiegel Nr. 44 / 27.10.86) Die jetzt ins Feld geführten Kurzstreckenraketen der UdSSR waren damals bereits aufgestellt worden, wurden aber als „eine normale Modernisierung“ ohne „zusätzliche Bedrohung für den Westen“ bezeichnet. (Spiegel Nr. 45/86)

Die rein militärischen Gesichtspunkte können bei Strauß wohl nicht die wichtigste Rolle gespielt haben. Es galt eher, jede Annäherung zwischen USA und UdSSR zu verhindern.

Der Spiegel Nr. 49/86 schreibt: „Man hatte ein kaum überwindbares Hindernis für eine Null-Lösung aufgebaut und sich gleichzeitig von Washington eine Aufrüstungsgenehmigung ausstellen lassen“.

Die Herren Westdeutschlands, die ein eigenes Interesse haben an der Erhöhung der Kriegsgefahr, werden mal wieder voll des Lobes sein - für ihren FJS.

Der Kronprinz

Er hat sich als Münchner Innenminister bewährt!

Er war der „Schutzengel“ der Schwarzen Sheriffs, einer paramilitärischen Schlägertruppe, die die Münchner U-Bahn und andere öffentliche Einrichtungen zu ‚bewachen‘ haben. Die Schützlinge Gauweilers machten immer wieder durch schwere Straftaten, z.B. Mißhandlungen von U-Bahn-Benützern, von sich reden. Zuletzt sollen sie am 24.12.86 einen Fahrgast so verprügelt haben, daß er später an seinen Verletzungen starb.

Gauweiler hat mit eisernem Besen die Münchner Fußgänger Zone von „soziallästigen Personen“ gereinigt (das sind nach seiner Definition Schwule, Penner, Obdachlose). Er hat dafür gesagt, daß auf dem Oktoberfest das Bier bis zum Eichstrich eingeschenkt und keine „illegalen“ Ausländer als Küchenhilfe beschäftigt werden. Er hat in den „Männersaunen“ - zur Verhinderung größerer Schweinereien - die Türen aushängen lassen, und er hat, wie es sich für einen CSU-Kreisreferenten der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ gehört, wo es nur ging, Demokraten bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßig garantierten Rechte behindert: am 2. Jahrestag des Oktoberfestattentats wollten Opfer der CSU-Politik Klage erheben. Gauweiler verbot die Veranstaltung mit der Begründung, daß das „Wirken des Ministerpräsidenten erschwert werde“. Die Gerichte entschieden gegen ihn. Die Klage fand statt. Im Herbst 1985 hat er Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen den Polizeiüberfall auf ein Straßenfest von WAA-Gegnern verboten. Die darauf entstandene Kampagne hat er sehr einfallsreich zu stören versucht. Es ist ihm aber nicht gelungen, den Höhepunkt der Kampagne, die Demonstration „Für unser Widerstandsrecht“, zu verhindern. Er hat versucht, Kundgebungen gegen das kriminelle Treiben der Schwarzen Sheriffs zu verbieten. Er hat ausländischen Kollegen Informationsstände über ihre Situation untersagt. Rücksichtslos und einem deutschen Saubermann gemäß hat er ausländische Kinder, Männer und Frauen, die nach seiner Meinung hier nichts zu suchen hatten, die illegal ihren Verwandten nachgereist waren, oder solche, die auf Grund einer Notlage Betrügnen auf den Leim gegangen waren, er hat sie alle rausgeschmissen, denn eine Ordnung muß sein.

Soll sich eine solche energische, starke Hand in München verschleifen? Wo ein Innenminister Hillermeier eindeutig Schwächen zeigt und nicht einmal mit

den paar Oberpfälzern am Bauzaun im Taxölderner Forst fertig wird? Daß Gauweiler zum eigenen Fortkommen auch seine CSU-Parteifreunde nicht schont, ist ein alter Hut. Hillermeier sei „zu lasch“ gegen „WAA-Chaoten“ vorgegangen (Bild, 3. 11. 86), auch auf anderen Gebieten bescheinigte er ihm „völliges Versagen“ (Münchner Stadtanzeiger, 4. 3. 86)

Das scheint Strauß überzeugt zu haben, der sich den eifrigen jungen Mann, der sich so sorgfältig in's rechte Licht gerückt hatte, als Staatssekretär in's Innenministerium holte unter Anleitung des alten Kämpen August Lang.

Gauweiler hat nun die bayerische Polizei zu befehlen, die Allgegenwart der Staatsgewalt in Uniform weiter auszubauen und damit die Einschüchterung der Bürger vorwärtszutreiben, den WAA-Widerstand zu brechen, die Ausländerfeindlichkeit weiter zu schüren, gesellschaftliche Randgruppen wirkungsvoll zu diskriminieren. Kurz gesagt, seine Hauptaufgabe besteht in der Beseitigung der Rest-Demokratie im Freistaat und in der konsequenten Anwendung der „Anti-Terror-Gesetze“ (vielleicht geht der Chef nach Bonn, dann weiß er seine Polizei in den äußerst rechten Händen.)

Es folgt nun für die, die Gauweiler noch nicht kennen, oder für die, die ihm eine „faire Chance“ geben wollen, wie der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Langenberger, eine hoffentlich rücklose Aufstellung der wichtigsten Anregungen, Vorschläge, Durch- bzw. Übergriffe der ersten 100 Tage des Innenstaatssekretärs Gauweiler.

November

Gauweiler hat Ideen. Er präsentiert seine ersten hervorragenden Einfälle zum Ausbau des Polizeistaats: das mobile Polizeirevier in Bürocontainern, immer und allerorts in Bürgernähe, und die Verstärkung der Polizei in der Münchner Innenstadt um das Vierfache. (SZ 15. 11. 86)

November

Gauweiler ruft weitsichtig eine Sonderkommission „Terroranschläge gegen Eisenbahnen und Strommasten“ in's Leben. Weitsichtig deshalb, weil im November 86 der geänderte § 129a noch gar nicht in Kraft getreten ist und deshalb Anschläge gegen die Bahn oder Strommasten noch gar kein „Terror“ sind.

November

Nach der von der Polizei nicht weiter gestörten Demonstration von Atomgegnern in Hanau greift Gauweiler die Drohung des Ministerpräsidenten auf, künftig keine bayerischen Polizeibeamten nach Hessen zu schicken, weil sie keine Demonstranten verhaften dürfen. Sie seien von dem grün-rot-chaotischen Gespann Fischer/Börner „zum Geleitschutz von Chaoten degradiert worden“. (SZ, 22. 11. 86)

November

Gauweiler bricht das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit, indem er die „Anti-Terrorismus-Gesetze“ anwendet, die zum fraglichen Zeitpunkt den Bundestag noch nicht passiert haben. Persönlich ordnet er das Verbot der Bundeskonferenz der Anti-Atom-Bewegung (Buko) durch die Regensburg Stadtverwal-



Zum Einstand des Kronprinzen als Innenstaatssekretär eilte der Ministerpräsident direkt nach seiner Rückkehr von der Waffenverkaufsreise nach Saudiarabien. Rechts von Strauß der Mercedeschef Karl Dersch, ganz rechts Gauweiler.

tung an aufgrund der Arbeitsmaterialien, die unter anderem enthalten: einen „Aufkleber: revolutionärer Fünfstern mit vermummter Sonne und Säge in der Faust und die Forderung: „Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen“. (Die Zitate stammen aus der Verbotsbegründung der Stadt Regensburg vom 27. 11. 86).

Dezember
Gauweiler weist seine Untertanen von der Polizei an, künftig in Uniform in öffentlichen Verkehrsmitteln zum Dienst zu fahren. Sollten sich die Beamten weigern, diese Demonstration der Polizeipräsenz mitzumachen, so wirkt sich das nachteilig auf ihre Beurteilung aus (SZ, 3. 12. 86)

Dezember
Stilvoll im Trachtenjanker feiert Gauweiler mit den 5.000 Polizisten, die am Weihnachtsabend in Wackersdorf Dienst tun. Er überbringt ihnen die Grüße und 10.000 DM (einen Zwickel für jeden) aus der Privatschatulle des Landesvaters. Am Vormittag hat er die Bürgerinitiativen gegen die WAA zur gegenseitigen Denunziation aufgefordert. Er hatte den WAA-Gegnern schon einige Tage vorher fünf „Prüfsteine“ vorgelegt, in denen er die Distanz zu Gewalttätigen und die Zusammenarbeit mit der Polizei empfahl, „wie es eigentlich selbstverständlich sein sollte“ (Taz, 22. 12. 86)

Januar

Im Spiegel vom 12. 1. 87 fordert Gauweiler die Kriminalisierung aller Aids-Kranken und Infizierten: „Wer infiziert ist und mit anderen den Geschlechtsverkehr vollzieht, ohne ihn zuvor von seiner Infektion zu informieren, begeht den Tatbestand zum mindesten der versuchten Vergiftung



Weihnachten in Wackersdorf: Gauweiler betreibt Seelenmassage bei seiner geplagten Staatsgewalt.

des § 229 Strafgesetzbuch. Das ist mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bedroht. Die Vergiftung selbst wird mit lebenslanger Haft bestraft, wenn das Opfer stirbt. Wir müssen endlich anfangen, diesen Leuten klar zu sagen, was ihr da tut, ist übles, letztlich sogar verbrecherisches Verhalten“.

Schon als Münchner Kreisverwaltungsreferent forderte der Saubermann die totale Überwachung von Risikogruppen, zu denen neben Homosexuellen und Fixern nach Gauweilers Meinung auch alle Ausländer gehören. Zunächst ist an eine „wöchentliche Untersuchung gedacht“. (Spiegel 50/86) „Bei Gefahr im Vollzug“ soll auch die Polizei die Betroffenen abholen dürfen.

Übrigens: Nach Gauweilers Meinung muß ein Aids-Kranker Ausländer so-

fort, ohne Einzelfallprüfung, abgeschoben werden, weil er grundsätzlich die Belange der BRD beeinträchtigt.

Man muß Gauweiler hervorragende Verdienste für die Ausbreitung von Aids bestätigen. Durch seine Kriminalisierungsversuche hat er einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Isolierung der Erkrankten geleistet, so daß jeder Betroffene sorgsam darauf achtet, daß sein Zustand nicht bekannt wird.

Januar

Gauweiler wünscht sich Straffreiheit für seine V-Leute: die Kronzeugenregelung müsse ein „ganz wesentlicher Punkt“ der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl sein. (Taz, 6. 1. 87) (Die von der CSU in Bonn vorgeschlagene Kronzeugenregelung beinhaltet sehr trickreich, daß die Denunzianten, die ja straffrei ausgehen sollen, vor Gericht nicht persönlich in Erscheinung treten müssen.)

Januar

Im Nürnberg Polizeipräsidium kann Gauweiler erstmalig die seit Januar rechtskräftigen „Anti-Terrorismus-Gesetze“ anwenden. Er fordert die Stadt Nürnberg auf, die in ihren Mauern angemeldete Buko „nicht zu dulden“, bei der laut Gauweiler Anschläge auf Strommasten und Eisenbahnlinien diskutiert werden sollen. Derartige Anschläge müßten als eine terroristische Taktik gewertet werden, die sich gegen die gesamte Bevölkerung richte (nach SZ, 10./11. 1. 87).

Leider mußte Gauweiler in Nürnberg eine Niederlage einstecken. Das Gericht in Ansbach hob das Verbot der Stadt auf. Erst kurz vor Schluß der Buko konnte durch ein höherinstanzliches Gerichtsurteil die Veranstaltung doch noch von Gauweilers Polizei aufgelöst werden.



Januar

Gauweiler verbreitet Angst und Schrecken bei allen, die bei Atomkraft-Gegnern, Demonstranten und ähnlichen Individuen nicht hart genug durchgreifen. Der erste Kopf rollte bereits. Der Ministerialdirigent Schweinich, der die Polizeiabteilung leitete, war zusammen mit dem damaligen Innenminister Hillermeier wegen ihrer Nachgiebigkeit bei Einsätzen in Wackersdorf auf Kritik gestoßen. Schweinich bat von sich aus um Ablösung, um seiner von oben geplanten Versetzung zuvorzukommen. (SZ, 9. 1. 87)

Januar

Bei der schweren Gasexplosion in Nürnberg am 24. 1. 87, die ein Wohnhaus zerstörte und fünf Menschenleben forderte, konnte Gauweiler am Unglücksort, noch ehe die Toten geborgen waren, die Verantwortlichen benennen: Atomkraftgegner, die den im Gegensatz zum Gas sicheren Atomstrom mit ihren Protesten zu verhindern versuchen.

Januar

Um die dringende Notwendigkeit aller seiner Maßnahmen gegen den 'Terrorismus' - die Verbote der Buko; die Bil-



Gauweiler beobachtet die Katastrophenschutzübung nach einem „Terroranschlag gegen die Eisenbahn“.

dung der Sonderkommission „Terroranschläge gegen Eisenbahnen und Strommasten“ unter Beweis zu stellen, fehlt Gauweiler leider bis heute die Katastrophe. Kein umgesetzter Strommast brachte einen Zug zum Entgleisen, kein Menschenleben wurde geschädigt. Gauweiler sorgt für Abhilfe. Er probte den Ernstfall mit schrecklich geschminkten Puppen - das waren die Toten - und Bundeswehrsoldaten markierten die Verwundeten und Eingeschlossenen. Hundertschaften der Polizei, schwere Panzerfahrzeuge, Einsatzhubschrauber, ein brennender Eisenbahnzug waren aufgeboten. Alles wird naturgetreu gespielt. Die blutrünstigen Bilder erscheinen in der Presse und im Fernsehen. Nun weiß jeder Bürger, wie gefährlich Atomkraftgegner sind. (SZ, 2. 2. 87)

Die Konsequenz aus dieser Bilanz: Wir werden Gauweiler weder eine „faire“ noch irgendeine andere Chance geben. Wir bitten ihn auch nicht um ein „friedliches, liberales Demonstrationsklima“, wie Rolf Langenberger (SPD).

Wir bleiben dabei:
WEG MIT GAUWEILER !

Terror!!! Wir distanzieren uns

Der Terror hält die Welt in Atem. Das ist seine Funktion. Und noch mehr soll jeder einzelne Bürger spüren, daß gerade er selbst betroffen ist von den hinterhältigen Mächten im Osten. Der frühere Präsident des Verfassungsschutzes Hellenbroich bezifferte in einer Monitor-Sendung die Mitgliederzahl des „schiitischen und palästinensischen Terrorismus“ in der Bundesrepublik auf 3.000 (!) Personen und nannte als größte Gruppe dieses „Netzwerkes des Terrorismus“ die palästinensischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik. Tatsächlich handelt es sich dabei um ganz offen arbeitende Organisationen palästinensischer Arbeiter in der BRD, die als Vereine offiziell registriert und bei Gericht eingetragen sind.

Doch die Lüge manifestiert sich, wenn sie in Presse und Fernsehen nur oft genug propagiert wird. Manchmal erappt man sich selbst dabei, der offiziellen Propaganda Glauben zu schenken. Deshalb hier einige Splitter zum „hausgemachten“ und „internationalen Terrorismus“:



Für Polizisten gilt das Vermummungsverbot nicht - oder haben Sie schonmal versucht, den Namen eines prägenden Polizisten zu erfahren?

„Als ein WAA-Gegner wegen einer Straßenbarrikade, errichtet im Frühjahr auf den Zufahrtswegen zur WAA, vor Gericht stand, staunte er nicht schlecht, als sein damaliger Mitstreiter plötzlich in Uniform als Zeuge gegen ihn auftrat. Als Zivilbeamter war er damals im Taxöldener Forst im Einsatz und hatte zum Bau von Straßensperren aufgefordert.“ (TAZ 3. 11. 86)

Die CSU braucht keine steinewerfenden Spontis um neue Anti-Terrorismus-Gesetze zu begründen. Den „Terror von links“ macht der Staatsapparat mit Gewaltmonopol locker selbst.

V-Männer und V-Frauen sollen „Autonome“ animieren ...

Vera Mößner wurde vom baden-württembergischen Verfassungsschutz als V-Frau mit den Zielobjekten Autonome, Schwarzer Block, Frauengruppen und Grüne angesetzt. „Ich soll jetzt andere Leute animieren, Aktionen zu starten“ ... „Bevor ein Strommast fallen soll, soll ich anrufen“ ... „Habe meinen Vertrag unterschrieben. Bin bei allen Aufträgen weisungsgebunden, kann also nicht strafrechtlich belangt werden“. (TAZ 3. 11. 86)

Demonstrant in Wackersdorf

Steinwerfender Polizist in Zivilkleidung



Was der baden-württembergische Verfassungsschutz bis dahin nicht wußte: Veras Verhalten war von Anfang an mit den Grünen abgesprochen. Dreieinhalb Monate war sie spitzeln bei den Spitzeln.

... und selber zündeln.

Wenn sich keine Abnehmer für die Bomben der V-Männer finden, (Bericht über den V-Mann Lepzien im DID Nr. 54) müssen sie selber zündeln. Zu zwei Jahren und 10 Monaten Haft wurde der Ex-V-Mann Manfred Scheffer verurteilt. Dem V-Mann mit Zielgruppen Autonome und Anti-Imperialisten werden vier Brandanschläge des Jahres 1983 zur Last gelegt, die er laut seinen Angaben alleine mit der Unterstützung seines Verfassungsschutz-Führungsmannes begangen hat. Seine letzte Zielgruppe war die Regensburger Bürgerinitiative gegen die Wiederaufarbeitung von Atombrennstäben. Doch da kam er nicht mehr zum Einsatz. Mitte 1986 stellte er sich der Polizei. (FR 18.12.86)

Die Polizei kämpft auf beiden Seiten

Auf einer Pressekonferenz in Bonn berichteten die Grünen, daß sowohl in Brokdorf als auch in Wackersdorf komplette „Schwarze Blöcke“ sich im „innigen Plausch mit der Polizei befanden“, bzw. „sich unmittelbar neben mehreren Mannschaftswagen lange Zeit besprochen“ hätten. „Da waren also offensichtlich V-Leute in dieser Montur anwesend.“ (TAZ 19. 6. 86)

... leider machtlos

All diese Bombenanschläge von Lepzien, die Brandanschläge von Scheffer, die Einsätze verkleideter Polizisten wurden, wie auch das „Celler Loch“ (angeblich Kommando Holger Meins) den Linken zugeschrieben. Davon distanzieren wir uns aufs Schärfste! Allerdings können wir momentan V-Leute wie Lepzien nicht daran hindern, die Bomben für Anschläge auf Justizgebäude zu liefern.

Weltweiter Terrorismus

1. Hindawi

Viele CDU/CSUler haben zu Israel ein schwieriges Verhältnis, weil in diesem Land - das zwar im ganzen Nahen Osten für Ruhe und Ordnung sorgt - eben doch Juden das Sagen haben. Dem spätgeborenen Helmut Kohl wollen wir das nicht unterstellen. Deshalb nehmen wir seine Meinung ernst, die von seinem französischen „Freund“ Chirac ausgeplaudert wurde: „Nehmen

wir die syrische Affaire“ ... „Ich habe darüber sowohl mit Kohl als auch mit Genscher gesprochen. Ich gebe nicht so weit wie sie, aber die These ist die, daß das Hindawi-Komplot (der versuchte Anschlag auf das El-Al-Flugzeug in London) eine Provokation war, um Syrien in Verlegenheit zu bringen und Assad (den syrischen Präsidenten) zu destabilisieren.“ Wer steckt dahinter? Vielleicht Leute, die mit dem israelischen (Geheimdienst) Mossad in Verbindung stehen, zusammen mit bestimmten, Assad nahestehenden syrischen Elementen, die dessen Sturz wollen. (FR 11.11.86) Und über die Londoner Prozeßführung gegen Syrien: „Nichts ist einfacher, als Beweise dieser Art zu fabrizieren.“

Verblüffend ehrlich - klingt wie gelogen, ist aber wahr. Allerdings wollte Chirac nicht, daß diese Zitate in die Öffentlichkeit kommen. Seine Interview-Partner von der „Washington Post“ sollten die Bandgeräte abschalten: „Ich wünsche nicht, daß ich direkt zitiert werde. Entweder ich sage nicht, was ich denke, und Sie können es zitieren - und das macht keinen Sinn. Oder Sie zitieren mich nicht und ich spreche offen zu Ihnen und mache aus meinem Herzen keine Mördergrube.“ Birnen gibt es in jedem Land - auf jeden Fall ist das Band heimlich mitgelaufen und Chirac wurde wörtlich zitiert.

Natürlich hat sich Kohl distanziert und unsere Presse war zufriedengestellt. Nur der „Ulenspiegel“ aus Österreich brachte weitere Informationen, nämlich, daß Hindawi laut der kuwaitischen Zeitung „El Kabas“ im Laufe

der Jahre abwechselungsweise bei mehreren arabischen Geheimdiensten im Solde stand, aber nur einem Geheimdienst über all die Jahre die Treue hielt: dem Mossad.

2. Hasi

Solchen Informationen wird jedoch nicht nachgegangen. Vielmehr unterstützte die BRD die Theorie über den Terrorstaat Syrien. In einem undurchsichtigen Prozeß in Westberlin wurde der Bruder Hindawis, Ahmed Hasi wegen eines Attentats auf die „Deutsch-Arabisches-Gesellschaft“ verurteilt. Das Gericht bestätigte außerdem eine Verwicklung der Syrischen Botschaft in Ostberlin in diesem Fall. Die TAZ beschreibt, daß es dafür aber keine Beweise gab, sondern nur Widersprüche: „Doch so spannend die Story sein mag, darf nie vergessen werden, daß sie ausschließlich auf den Aussagen der Angeklagten basiert. In seinem Schlußwort machte Hasi eins noch einmal deutlich: „Ich tat alles für die Revolutionäre Jordanische Bewegung.“ Die (Organisation) aber hat es nie gegeben.“ (TAZ 27. 11. 86)

3. Agca

Immerhin scheinen die Italiener etwas weiter gekommen zu sein. Nachdem im Prozeß gegen den Papstatentäter jahrelang vergeblich versucht wurde, die Spur nach Bulgarien zu legen, hat die römische Staatsanwaltschaft seit neuestem Ermittlungen gegen die türkische Faschistenorganisation Graue Wölfe aufgenommen. Ali Agca hatte eine Mitgliedschaft in dieser Organisation nie geleugnet. (Ulenspiegel 11. 11. 86)



„Wieder hat die brutale Regierung Südafrikas durch Verhängung des Ausnahmezustands meinem Klienten sein Grundrecht auf Mord und Terror an wehrlosen Zivilisten genommen!“

Aus: The Richmond News Leader

So werden die Opfer zu den Tätern. Eine Karikatur im Stürmer-Stil, dem „Deutschland-Magazin“, Sept. 86 entnommen.

Kennengelernt habe ich „Olle Icke“ im November 1985 auf der „Internationalen Konferenz 40 Jahre Nürnberger Prozesse“. Neonazis provozierten vor der Kongreßhalle mit Schildern und dem Transparent „Laßt Heß frei“.

Ein Vertreter der Nürnberger Stadtverwaltung besaß später die Frechheit, in seinem Grußwort an die Konferenz das Verhalten der Stadtverwaltung, die die Nazi-Provokation nicht verboten hatte, mit der Begründung zu rechtfertigen, daß man juristisch keine Handhabe gegen die Nazis habe. Er sagte das allen Ernstes vor Menschen, die vor vierzig Jahren dafür gesorgt hatten, daß führende Nazis einen Kopf kürzer gemacht wurden.

Zusammen mit einem Freund, Max, stürzte ich die Nazi-Tafeln um und wir versuchten, den Nazis das Transparent zu entreißen. Daraus entwickelte sich eine handfeste Schlägerei, wobei ein Nazi immer brüllte: „Ich schlag Dich tot! Ich bring Dich um!“ Für die umstehenden Polizisten war das aber kein Grund, die Nazis zu verhaften, sondern sie wollten von Max und mir die Persönlichkeiten.

Später kam ein alter Mann zu uns und fragte: „Braucht Ihr noch Zeugen?“ Er gibt uns seine Adresse, zwinkert verschmitzt mit den Augen und sagt zu Max: „Während der eine Nazi an Dir dranbing, hab ich ihm zweimal ganz kräftig in den Arsch getreten. Ja ja, das kann der olle Schröder noch.“ Heinz Schröder heißt er, mit Spitznamen „Olle Icke“, er ist Vorsitzender der VVN-Westberlin. Während des Kongresses haben wir uns dick angefreundet und er hat mir stundenlang aus seinem Leben erzählt. Die Schilderung seines kampferfüllten Lebens, die zugleich ein Stück Geschichte der deutschen Arbeiterklasse aus persönlicher Sicht darstellt, ist jetzt als Buch mit dem Titel „Olle Icke erzählt“ erschienen.

Heinz wurde 1910 in Berlin geboren, mit 14 Jahren organisiert er sich in der Gewerkschaft und in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der Jugendorganisation der SPD. Schon früh macht er seine ersten Erfahrungen im Kampf gegen die Faschisten.

„An meinem achtzehnten Geburtstag, am 18. Januar 1928, trat ich in die SPD ein. Stolz waren wir jungen, konnten wir doch jetzt ein Wörtchen mitreden. Auf einer Versammlung der 75. Abteilung der SPD sprach ich dann als junger Genosse über meine Erfahrungen mit den Nazis. Ich wollte auf die Gefahren aufmerksam machen, die da heraufzogen. Der alte Genosse Otto W., Maurer von Beruf, im Kampf ergraut, erwiderte mir: „Heinz, du siebst die Sache viel zu schwarz, wir sind

Heinz Schröder „Olle Icke“ erzählt



doch keine Italiener! So etwas wie dort kann in Deutschland nicht passieren. Wir haben die bestorganisierte Arbeiterbewegung.“ Er bekam Beifall von allen Anwesenden.

Diese Meinung war damals in der Partei sehr stark verbreitet, und gerade diese Überheblichkeit anderer Arbeiterparteien gegenüber und die daraus entstehende Unterschätzung der faschistischen Gefahr sollte die gesamte Arbeiterbewegung noch ungeheure Opfer kosten.“

Die Überfälle und Mordanschläge der Faschisten werden immer häufiger. Heinz organisiert sich im Reichsbanner und ist bei den Abwehrkämpfen gegen die Nazis immer dabei.

Reichspräsidentenwahl 1932, Ernst Thälmann und die KPD warnten: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt Krieg!“

„Ich hielt diese Parole für übertrieben und mochte nicht daran glauben. Ich folgte vielmehr der Losung des Parteivorstandes der SPD und war so gutgläubig, dem Repräsentanten des deutschen Militarismus, Hindenburg, der mit Brüning bereits über die Abschaffung der Republik verhandelt hatte, um die Monarchie wieder zu errichten, meine Stimme zu geben. Ich balte

dieses für den größten Fehler meiner politischen Laufbahn und möchte heute alle, besonders die jungen Menschen davor warnen, je einem Militaristen das Vertrauen zu schenken.

Meines wurde damals vollkommen mißbraucht. Die Warnung des Kommunisten Thälmann hat sich in der weiteren Entwicklung grausam bestätigt.“

1936 werden Heinz und seine Frau Hilde von der Gestapo verhaftet. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wird Heinz zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt und seine Frau zu anderthalb Jahren Gefängnis. Zudem wird Heinz im Urteil und darauf ist er heute noch stolz - für dauernd wehrunwürdig erklärt. In der Winterschlacht 1941 vor Moskau wird die Serie der Nazi-Blitzsieg gestoppt, und das Regime zieht jetzt auch die Wehrunwürdigen ein. In der „Bewährungsddivision 999“ wird Heinz 1943 nach Afrika verschickt. Bald kommt er in amerikanische Kriegsgefangenschaft, doch der Kampf gegen die Nazis ist damit keineswegs beendet. Noch in den Gefangenenlagern versuchen die Nazis ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Hakenkreuzschmireien, Hitlergruß, Terrorakte und Morddrohungen gegen die antifaschistischen Gefange-

nen der Strafeinheit 999 - all das geschieht mit Duldung und Förderung der amerikanischen Lagerkommandantur.

Heinz ist führend an der Bildung der „1. Anti-Nazi-Kompanie“ beteiligt. Sie organisieren den Schutz vor den Nazis; mit Ausstellungen, antifaschistischen Vorträgen, Sport und Lagerzeitungen schaffen sie ein politisches Bewußtsein und stärken sie die Moral der Gefangenen.

Als die Verbrüderung zwischen gefangenen Nazis und amerikanischer Lagerkommandantur so weit fortschreitet, daß sie gemeinsam den Gottesdienst feiern, nicht ohne vorher zu singen „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“, da handelt die Anti-Nazi-Kampagne schnell. Jeder Kamerad opfert seinen wöchentlichen Brief, den er nach Hause schreiben darf, und stattdessen werden diese Briefe an bekannte amerikanische Persönlichkeiten, an Zeitungen und Emigrantenorganisationen mit folgendem Text geschickt:

„1. Während die 8. amerikanische Armee in Italien bei Anzio eine weitere Landung unternimmt und dabei viele Amerikaner im Kampf gegen die Nazis ihr Leben lassen müssen, begeht hier der Lagerkommandant mit den Nazis in ihren verfaßten Uniformen einen sogenannten Kirchenmarsch.

2. Wir fordern die Amerikaner auf, endlich etwas gegen die Nazis, die deutschen Faschisten, zu unternehmen und deren Einfluß in den Kriegsgefangenenlagern zu unterbinden.

3. Es sind schon Morde durch die Nazis an ihren antifaschistischen Geg-



nern in den Lagern vorgekommen. Wann gedenkt die Gefangenenverwaltung endlich, diese Mörder vor Gericht zu stellen und sie exemplarisch zu bestrafen?“

Mit dieser Aktion erreicht die Anti-Nazi-Kompanie, daß die amerikanische Öffentlichkeit über diesen Skandal informiert wird. Ein weiterer Erfolg ist die Einrichtung eines Anti-Nazi-Lagers. Über die amerikanischen Kriegsgefangenenlager ist aus antifaschistischer Sicht bisher sehr wenig veröffentlicht worden; schon allein wegen dieser Information empfiehlt es sich, das Buch zu lesen.

1946 kehrt Heinz nach Berlin heim, er kämpft für die Vereinigung von SPD und KPD, dafür wird ihm dann vom

Senat Westberlins der Status des politisch Verfolgten wieder aberkannt, weil er „Anhänger eines totalitären Systems“ sei.

Bis ins Jahr 1961 reicht die anschauliche Schilderung der Berliner Nachkriegsgeschichte, aber am Ende des Buches verspricht Heinz: „Die nächsten 25 Jahre kommen auch noch dran!“ Mit viel Humor und viel Kampfegeist ist dieses Buch geschrieben - wenn „Olle Icke“ erzählt, dann wird Geschichte lebendig.

Heinz Schröder, „Olle Icke“ erzählt, VAS Verlag für Ausbildung und Studium in der Elefanten Press, Postfach 30 30 80, 1000 Berlin 30, Preis: 19,80 (und wie Heinz sagt: „Mit Widmung 20,00 DM“)

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie. Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München 2
V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15,-
☐ ein Förderabonnement DM 30,-

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postgirokonto Jacobi
München 288265-809

Antifaschisten in Aktion

Asyl

Denn wir sind nicht so übel, wie es die derzeitigen Regierenden gerne hätten – aber das müssen wir schon selbst sagen.



Demonstration am Sendlinger Tor nach der Polizeirazzia im Münchner Asylager in der Heßstraße

„Viertes Attentat auf Flüchtlingsheim“, „Asylantenheim abgebrannt“, „Anschlagserie auf Asylantenheim“ ... Die Meldungen über rassistische Überfälle auf Asylbewerber reißen nicht ab. Die Saat, die Strauß, Zimmermann, Lummer und Kohl mit ihrer chauvinistischen Propaganda gesät haben, scheint

aufgegangen zu sein. Nazis machen immer häufiger blutigen Ernst mit dem Haß auf Flüchtlinge, den diese Politiker seit Monaten tagtäglich schüren.

Jedoch die Mehrzahl der Menschen so zu verdummern, daß sie die Flüchtlinge als ihre Feinde ansehen, gelingt der Reaktion nicht so leicht wie geplant.

Für den Versuch, die Asylsuchenden als unsere Gegner und als Verbrecher abzustempeln, muß sie schon auf so massive Mittel wie nächtliche Großrazzien in Sammelunterkünften für Asylbewerber zurückgreifen.

Die Polizei führt Großrazzien in Asylantenheimen durch, weil die CSU will, daß die Flüchtlinge als Verbrecher dastehen

Nachdem schon einmal versucht worden war, durch einen nächtlichen Polizeierfall auf die Sammelunterkunft in der Untersbergstraße die Bevölkerung gegen die Asylbewerber aufzubringen, wurde am 16. 12. 86 das Asylanheim in der Heßstraße um 3.00 Uhr morgens von einem riesigen Polizeiaufgebot umstellt. Mit Hunden durchsuchten die Polizisten die zum Teil mit Brechtangenen aufgebrochenen Zimmer - sie trugen dabei Plastikhandschuhe, als ob es sich bei den Flüchtlingen um Aussätzige handle. In manchen Zimmern standen Fernsehgeräte - ein Anlaß für die sofortige Unterstellung, es ginge um Diebstahl. Daß man alte Fernseher auch geschenkt bekommen oder am Flohmarkt kaufen kann, (einige der Flüchtlinge haben inzwischen Arbeitserlaubnis) wird bewußt vergessen, wenn es darum geht, Verdacht gegen Flüchtlinge zu schüren und den Polizeieinsatz mit einem Hauch von Rechtfertigung zu umgeben. Die Unterstellung, unter den Asylbewerbern könnten Diebe sein, tauchte natürlich auch sofort in der Presse auf. Die Tatsache, daß die Polizei weder Drogen noch Diebstahl in der Heßstraße gefunden hatte, wurde jedoch später von kaum einer Zeitung berichtet.

70 Flüchtlinge wurden festgenommen. Ihr „Verbrechen“ war, daß sie von auswärts in die Heiße Straße gekommen waren, um dort den bengalischen Nationalfeiertag zu begehen. Sie wurden deswegen des Hausfriedensbruchs und „unberechtigten Verlassens des ihnen zugewiesenen Aufenthaltsortes“ beschuldigt und in die Ettstraße gebracht.

Demokraten wissen, wer die Verbrecher sind

Doch der Polizeiüberfall, der den Haß auf die Flüchtlinge lenken sollte, weckte auch die Gegner von Polizeiwillkür. Viele Anwohner der Heßstraße empörten sich nicht über die Fremdländer, sondern über das einheimische Überfallkommando. Schon am nächsten Vormittag zeigten Mitglieder einer Kirchengemeinde ihre Solidarität mit den Festgenommenen, indem sie vor dem Polizeipräsidium eine Mahnwache bildeten.

Um 17.00 Uhr demonstrierten Mitglieder des Asta der Fachhochschule und das Anti-Strauß-Komitee spontan in der Ettstraße gegen die Polizeiaktion. Obwohl Spontandemonstrationen gesetzlich ausdrücklich erlaubt sind und keiner vorherigen Anmeldung bedür-

fen, nahm die Polizei 25 Demonstranten fest und zwang sie zur erkenntnisdienlichen Behandlung ins Polizeipräsidium. Dort konnten sie den in Nacbarzellen noch immer festgehaltenen Flüchtlingen zurufen und ihnen zeigen, daß sie deutsche Freunde haben, die sich auch durch einen Aufenthalt in den Zellen der Polizeireviere nicht vom Widerstand gegen den Rassismus abschrecken lassen. Am nächsten Tag war der Widerstand auch schon viel stärker. Trotz der kurzen Zeit waren es schon etwa 200 Menschen, die - dieses Mal unbeteiligt - gegen die Polizeiübergriffe und für die Asylbewerber demonstrierten. Demokraten, Christen, Gewerkschafter haben erkannt, daß nicht die Flüchtlinge die Verbrecher sind.

Flüchtlinge dürfen nicht arbeiten, weil die CSU will, daß sie als Schmarotzer dastehen

Auch mit ihrem hartnäckigen Versuch, Flüchtlinge als Schmarotzer hinzustellen, hat es die CSU nicht leicht.

Mit dem Arbeitsverbot macht sie die Asylbewerber zu Sozialhilfeempfängern und will uns weismachen, sie lägen uns auf der Tasche und nicht diejenigen, die uns für Panzer und Raketen immer mehr Geld abknöpfen. Daß



Gegen die „Asylantenflut“-Hetze zog das Anti-Strauß-Komitee mit einer Picket-Line durch Münchner Stadtviertel

Die Asylbewerber oft nicht einmal das Allernötigste zum Leben bekommen, zeigt die Situation der Flüchtlinge in der Heßstraße. Trotz eisiger Kälte verweigerte ihnen das Sozialamt bitter nötige zusätzliche Winterkleidung. Wie alle Sozialhilfeempfänger haben die Asylbewerber Anspruch auf Kleidung vom Sozialamt. Eine Winterjacke - die Qualität ist nicht die beste - hat aber fünf Jahre zu halten, Winterschuhe vier und ein - oft sehr dünner - Pullover drei Jahre. Anträge auf wärmere Kleidung wurden mit der Begründung abgewiesen, daß jeder Asylbewerber bei seiner Ankunft „für Sommer und Winter“ eingekleidet worden sei und daher keinen Anspruch auf zusätzliche Kleidung habe.

Um überhaupt bei der sibirischen Kälte der letzten Wochen aus dem Asylantenheim zu kommen, mußten die an ein anderes Klima gewohnten Flüchtlinge ihre warmen Hosen und Schuhe untereinander austauschen. Ein Münchner Arzt erfuhr von der völlig unzureichenden Winterkleidung der Asylbewerber und der kalten Abfuhr durch das Sozialamt und alarmierte einige seiner Kollegen. Eine Gruppe von Ärzten verfaßte eine Petition, die auch von der Arbeiterwohlfahrt unterstützt wurde, ging zum Sozialreferat



und forderte es auf, den frierenden Asylbewerbern endlich die nötige Kleidung zu geben. Bevor jedoch das Sozialamt überhaupt darauf reagierte (inzwischen wurden die Forderungen wieder eiskalt abgewiesen), erreichte eine Welle von Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung die Flüchtlinge. Etwa 70 Münchner, die durch die Presse von deren Lage erfahren hatten, brachten spontan warme Kleidung in die Heßstraße. „Wir hätten nie erwartet, daß so viele Deutsche so freundlich zu uns sind!“ sagte einer der dort untergebrachten Familien.

Solche Beweise der Ausländerfreundlichkeit gibt es überall in der BRD, nicht nur in München. Sie reicht über Spenden, Einladungen in Familien, Deutschunterricht, Unterstützung bei Behördengängen bis hin zur Bereitschaft, von der Abschiebung bedrohten Ausländern ein vorläufiges Untertauchen zu ermöglichen. In Westberlin haben sich bereits 18 Kirchengemeinden bereit erklärt, in besonderen Notfällen Flüchtlinge so lange zu verstecken, bis der legale Aufenthalt gesichert ist.

Die Flüchtlinge werden in Sammel-lager gesperrt, weil die CSU will, daß wir uns wieder „an eine solche Behandlung gewöhnen“

Um klarzumachen, daß es Strauß, Zimmermann und Co. sind, die uns gegen die Ausländer aufhetzen wollen und um zu zeigen, warum sie ein so großes Interesse daran haben, zog das ASK mit einer Picket Line an mehreren Samstagvormittagen durch Münchner Viertel.

„Die Flüchtlinge werden in Sammel-lager gesperrt, weil die CSU will, daß wir uns wieder an solche Behandlung gewöhnen“ stand auf einer der 10 Tafeln, mit denen wir durch die Straßen marschierten, lautstark unterstützt von Trommeln und Schallmeinen. Und die Reaktion vieler Passanten zeigte, daß auch sie aus der Geschichte gelernt haben, und sehr wohl wissen, daß es nicht die in der Sammelunterkunft zusammengepferchten Flüchtlinge sind, die ihnen die Wohnung und die Butter vom Brot wegnehmen.

„Das finde ich gut, daß ihr gegen den Strauß auf die Straße geht!“ hörten

wir, und ein paar Leute gingen am darauffolgenden Samstag gleich selbst mit auf die Straße und schlossen sich uns an, als wir mit unseren Tafeln wieder durch das Viertel zogen.

Bei unserer - vorläufig - letzten Picket Line durch Haidhausen waren es fast doppelt so viele wie am Anfang, die so gegen die Asylantenkampagne der CSU protestierten. Auch Friedensinitiativen bewiesen u. a. durch Flugblattverteilung ihre Bereitschaft, die herrschende Rassismuspolitik zu bekämpfen. Um den Kampf zu gewinnen, müssen wir zusammenarbeiten. Ein erster Schritt ist auch in München getan: Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen, die sich für die Asylbewerber engagieren, treffen sich bereits regelmäßig, um ihre Arbeit zu koordinieren und gemeinsam politisch vorzugehen. Demnächst werden sie einen Flüchtlingsrat bilden, der rassistische Aktionen wie den Überfall auf die Sammelunterkunft in der Heßstraße zwar vielleicht - noch - nicht verhindern, aber wesentlich wirksamer als bisher darauf reagieren kann.

„Strauß kommt – wir sind schon da!“

Unter dem selbstbewußten Motto: „Aufruf zur Demo! Strauß kommt – wir sind schon da!“ demonstrierten am 15. Januar 1987 über 1.000 Menschen in Sulzbach-Rosenberg, darunter viele Arbeiter der Maxhütte, gegen einen Strauß-Auftritt in ihrer Stadt. Initiiert von einigen Mitgliedern der Gewerkschaft und der Grünen wurde ein breites Bündnis geschaffen, dem u.a. folgende Organisationen angehörten: GEW, IG Bau-Steine-Erden, Gewerkschaft Kunst, HBV, Die Grünen, Jusos, DKP, VVN, DFG/VK, Bürgerinitiative gegen eine WAA und der Arbeitskreis Asylbewerber. Trotz tiefer Frostgrade heizten die Sulzbach-Rosenberger mit Stoppt-Strauß-Schildern und Tafeln: „Maxhütte ja – WAA nein“ und Sprechchören „Stoppt Strauß – einig gegen Rechts“ dem Strauß gehörig ein. Das Anti-Strauß-Komitee Regensburg

war natürlich auch zur Stelle, wenn wir auch durch die Straßensperren und Autodurchsuchungen der Polizei aufgehalten wurden. Bei der anschließenden Veranstaltung war der Saal total überfüllt. Ein Grußwort von Landrat Schuierer wurde verlesen, ein Arbeiter der Maxhütte klagte die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen an, die von der CSU mit Milliarden von Steuergeldern subventioniert wird. Ein Grußwort des Anti-Strauß-Komitees und der Auftritt der Regensburger Rotspatzen mit einem Theaterstück gegen Strauß wurde mit viel Beifall und viel Spenden quittiert. Durch den Strauß-Auftritt haben sich Strauß-Gegner aus Regensburg und Sulzbach-Rosenberg kennengelernt. Nach der gelungenen Veranstaltung haben wir fest vereinbart, daß wir miteinander in Kontakt bleiben.



Anti-Strauß-Demonstration in der Oberpfalz

Horror et Justizia

Am 25. Januar starb Albert Schömer in einer Münchner Klinik. Alles spricht dafür, daß er am Harass von den Schwarzen Sheriffs so schwer mißhandelt wurde, daß er zwei Wochen später seinen Verletzungen erlag.

Vier Tage nach Albert Schömers Tod wurde ein 27jähriger Mann von den Schwarzen Sheriffs in einen Dienstraum gezerrt, eine halbe Stunde lang verprügelt und dann am Sendlinger Tor in die Kälte geworfen.

Einen Tag nach dem Vorfalle am Sendlinger Tor, am 30. Januar jagten Einsatzwagen der Polizei auf das Sendlinger Tor zu. Etwa 30 Polizisten stürzten sich in den Untergrund.

Das Polizeiaufgebot galt nicht den Schwarzen Sheriffs. Es galt einer Gruppe von Leuten, die sich Pappschilder an die Mäntel geheftet hatten „Weg mit den Schwarzen Sheriffs“, die Flugblätter verteilten und mit den Fahrgästen diskutierten. So lächerlich das Bild war, das die Polizei bot, so sehr zeigt es das miese reaktionäre Klima dieser Stadt: oben die Mannschaftswagen, die vor lauter Befehl fast die Stufen des U-Bahn-Einganges hinuntergefahren wären – und unten wir, die wir über die Praktiken der Schwarzen Sheriffs aufklärten. Die Fahrgäste erlebten mit, daß die Münchner Polizei zum Schutz der Schläger abkommandiert war und sich zum Handlanger der Sheriffs machte. Völlig verständnislos sahen sich viele das absurde Schauspiel an, andere protestierten gegen das Vorgehen der Polizei. Da die Menschentraube immer größer wurde, griff die Polizei zu dem Mittel, zu dem sie immer greift, wenn sie verhindern will, daß die Menschen etwas über die Reaktion erfahren. Sie erklärten den gesamten Bahnsteig kurzerhand zu einer Versammlung, diese als verboten, um sie dann auflösen zu können.

Wir wiederholten die Aktion ein zweites und drittes Mal. Und jedes Mal versuchte die Polizei den Protest im Keim zu ersticken. Sie verfolgte die Pappschilder quer durch die U-Bahn, aller-

dings ohne Erfolg, weil sie nie orten konnte, an welchem U-Bahnhof sich diese gerade befanden. Zum Schluß bekamen sie dann doch einige Schilder plus zugehörige Personen in die Finger – unter anderem ein zweijähriges Kind, das mit aufs Revier gebracht wurde, wo ihm akribisch, beamtisch deutsch die Personalien genommen wurden.

So ist das in Bayern. Staatlicher Schutz und staatliche Duldung ist den Schwarzen Sheriffs sicher, wenn sie zuschlagen. Was sich die Truppe von Wiedmeier in den letzten Jahren an Brutalität und Mißhandlungen geleistet hat, hätte längst gereicht, um sie fristlos zu entlassen. Daß die Stadt sie gewähren ließ, hat jetzt einen Menschen das Leben gekostet.

Den Opfern gelingt es so gut wie nie, die erlittenen Mißhandlungen den Schwarzen Sheriffs nachzuweisen. Mit System wurden und werden die Verbrechen unter den Teppich gekehrt. Der heutige Chef der bayerischen Polizei hat sich seine Sporen damit verdient, daß er als Anwalt der Schwarzen Sheriffs dafür sorgte, daß aus den Opfern die Täter wurden und die Täter unbehelligt blieben. Als Stadtrat beschaffte er dem Chef der Truppe, Wiedmeier, lukrative Aufträge. Als Kreisverwaltungsreferent war Gauweiler der einzige „Kontrollleur“ der Schwarzen Sheriffs. Die feine Gesell-

schaft bleibt unter sich. Und heute ist Gauweiler Chef der bayerischen Polizei. So geht das in Bayern.

Wiedmeier hat mit seinen Schlägern allerdings Größeres vor, als sie nur auf soziale Randgruppen zu hetzen. Sein Werbematerial bietet die Sheriffs an bei: Anti-Kriegsdemonstrationen, Hausbesetzungen, „militantem Vorgehen“ gegen Kernkraftwerke und anderen Zielen des „subversiven Kampfes“.

Strauß, unter dessen Großportrait Wiedmeier die Befehle erteilt, wird sich ihrer zu bedienen wissen, wenn die Zeit dafür reif ist, daß private Schlägerbanden den Kampf gegen die Opposition aufnehmen. Und solange das noch nicht so ist, dienen die Sheriffs dazu, der Polizei vorzuführen, was alles möglich ist, ohne belangt zu werden.

In der Bevölkerung haben die Schwarzen Sheriffs keinen guten Stand, die wenigsten wollen sie, die meisten fürchten die schwarzen Schläger. Die SPD hat sich dem Druck aus der Bevölkerung wenigstens insoweit gebeugt, daß sie die U-Bahn-Verträge mit den Sheriffs Mitte 1988 auslaufen läßt. In Riem und in Ohu sind sie weiterhin. Und Gauweiler, der jetzt an die Polizei die Meßlatte der Schwarzen Sheriffs anlegt, hat seine Arbeit erst begonnen. Uns bleibt noch viel zu tun.

DIE POLIZEI

DEIN FREUND UND HELFER

oder
vergebliche Fahndungsmüh

-So oder ähnlich geschehen an einem Januartag 1987 in München-



Und die Moral von der Geschicht:

ASK-ler jagen lohnt sich nicht!

Drum-Polizist, bleib schön zu haus, sonst lachen Dich die Münchner aus!

★